Nr. 58 — Jahrgang 15 Einzelnummer 0,20 Zl. Dienstag, den 11. März 1930

Volkswille

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Anzeigenpreis: $^1/_{64}$ Seite 3.75, $^1/_{32}$ Seite 7.50, $^1/_{16}$ Seite 15.—, $^1/_8$ Seite 30.—, $^1/_4$ Seite 60.—, $^1/_2$ Seite 120—, 1 ganze Seite 240 — Zloty. Familienanzeigen und Stellengesuche 20% Rabatt. Anzeigen unter Text, die 3 gespaltene mm Zeile 0.60 Zl. von außerhalb 0.80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 3. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Die Regierung Bartel vor dem Rücktritt

Mißtrauensanträge gegen Arbeitsminister Prystor und Kultusminister Czerwinski eingebracht — Bartels Vermittlungen ergebnislos — Sturz des Kabinetts am Freitag wahrscheinlich

Warschau. Der lang angekündigte Mißtrauensantrag gegen den Arbeitsminister Prystor ist am Sonnabend spät abends zu Händen des Marschalls überreicht worden und zwar von der Linksopposition unter Führung der P. P. S. Zu gleicher Zeit hat auch die Rechte, unter Führung der Nationaldemokratie einen Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister Czerwinski eingebracht, dessen antikatholische Politik gerügt wird. Nach parlamentarischem Brauch kommen die Anträge im Verlauf dieser Woche, wahrscheinlich am Freitag zur Behandlung und es kann sicher mit dem Sturz der Regierung gerechnet werden, wenn es der Ministerpräsident nicht vorziehen sollte, auf Grund der Mißtrauensanträge selbst den Rücktritt zu erklären. Die Opposition hat die Mehrheit im Sejm, kann also auf parlamentarischem Boden Siegerin sein. Man rechnet allgemein, daß Bartel sich zum Rücktritt entscheidet und daß ihm dann wieder die Kabinettsbildung übertragen wird. Hierfür spricht besonders die Tatsache, daß er es verstanden hat, auch die Opposition zu brüskieren, als die Regierung auf Angriffe im Senat einfach mit einem Verlassen sämtlicher Minister des Senats beantwortet hat. Wie sich zu diesem Schritt die Oberstengruppe verhalten wird, ist noch nicht ersichtlich, aber daß Prystor nicht mehr zurückkehren wird, ist sicher und er war der stärkste Posten der Oberstengruppe in der jetzigen Regierung Bartel. Die Presse und insbesondere die der Regierung, enthält sich zunächst zu diesem Vorfall aller Kommentare. Bekannt ist nur, daß Ministerpräsident Bartel wiederholt zu ermitteln versuchte, um die Opposition von der Einbringung der Mißtrauensanträge zurückzuhalten.

Der Zwischenfall im polnischen Senat

Warschau. In der Senatssitzung am Freitag hielt Senator Szafranek von der Wyzwolenie-Partei eine kurze, aber äußerst scharfe Rede. Er erklärte zuletzt mit einer Halbwendung gegen die Regierungssitze: „Meine Herren Militärs und Professoren, so kann man den Staat nicht regieren, denn der Staat ist nicht ihre Pfründe, sondern er gehört dem ganzen Volk.“ Nach diesen Worten rief Ministerpräsident Bartel: „Auf wen soll sich das beziehen? Ich protestiere gegen diese Aeußerung.“ Senator Szafranek antwortete kurz: „Ich habe nicht zu Ihnen gesprochen“, und verlies das Rednerpult. Ministerpräsident Bartel geriet in starke Erregung und schlug mit der Faust auf den Tisch, worauf sich sämtliche Minister erhoben und den Senatssaal für die Dauer der Sitzung verließen. Senator Szafranek wurde vom Senatsmarschall nachträglich zur Ordnung gerufen.



Schachts Nachfolger?
Unter den Kandidaten für den Posten des Reichsbankpräsidenten steht an erster Stelle der frühere Reichskanzler Dr. Luther.

Vor der Entscheidung in Berlin

Weimarer Koalition oder Auflösung des Reichstages?

Berlin. Um einen Ausweg aus der Krise zu finden, haben noch am Sonntag die Parteien der Weimarer Koalition, Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten, miteinander Fühlung genommen. Nach der „Montagpost“ soll es den Anschein haben, daß eine Einigung möglich sei. Wenn sich diese Parteien über die Finanzgesetze nicht einigen könnten, dann wäre theoretisch eine Inkraftsetzung des Finanzprogramms auf dem Verordnungswege, unter Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung, möglich. In politischen Kreisen halte man es aber für wahrscheinlich, daß im Falle der Nichteinigung der Reichstag aufgelöst werde. Mit einer Ablehnung der Younggesetze im Reichstag werde nicht gerechnet, selbst wenn sich Demokraten, Zentrum und Bayrische Volkspartei der Stimme enthielten. Wenn der Youngplan endgültig angenommen sei, werde die Regierung bereits am 17. März dem Reichstag das Finanzprogramm vorlegen. Bis zum 24. März solle sich der Reichstag entscheiden, da die neuen Finanzgesetze am 1. April bereits in Kraft treten müssen.

Der „Montag“ rechnet aus, daß infolge des Scheiterns der Verhandlungen über das Finanzprogramm der Youngplan im Reichstag höchstens eine Mehrheit von 5 Stimmen finden werde, die leicht durch Krankheit zugunsten der Opposition ausgeglichen werden könnten. Wie der „Montag“ erfährt, wird Außenminister Dr. Curtius, ganz gleich, wie die weiteren innerpolitischen Verhandlungen sich entwickeln, wahrscheinlich am Mittwoch abends nach der Entscheidung über den Youngplan einen kurzen Erholungsurlaub antreten, den er in Locarno verbringen wolle.

Ergebnislose Parteiführerbesprechung

Berlin. Ueber den Verlauf der Parteiführerbesprechung erfährt die Telegraphen-Union noch: Nachdem die Parteien erklärt hatten, daß ihre Stellungnahme unverändert sei, stellte der Reichskanzler fest, daß er damit seine Mission als abgeschlossen betrachtet. Die Regierung könne die Verabschiedung der Younggesetze nicht länger von den Meinungsverschiedenheiten der Parteien über das Finanzprogramm abhängig machen. Sie sei damit einverstanden, daß die Abstimmung in zweiter Lesung über den Youngplan auf Dienstag verschoben werde, um den Parteien noch einen weiteren Tag für Verhandlungen freizulassen. Als äußerster Termin für die dritte Beratung und die Schlußabstimmung über die Younggesetze betrachte die Regierung den Mittwoch.

Im Anschluß an die Parteiführerbesprechung fand eine kurze Besprechung der im Reichstag anwesenden Minister mit dem Reichskanzler statt. Auch die Vertreter der Deutschen Volkspartei hatten eine längere Besprechung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer. Der Fraktionsvorstand des Zentrums ist für Montag morgens zu einer Sitzung einberufen.

Stockung in der Flottenkonferenz

London. In der Beurteilung der Aussichten der Flottenkonferenz legen sich die Sonntagsblätter große Zurückhaltung auf. Der „Observer“ richtet eine neue Mahnung an Frankreich, nicht zu übersehen, daß die französischen Interessen übereinstimmen und es daher besser wäre, wenn Frankreich darauf verzichte, weiterhin seine eigenen Wege zu gehen. Nach der „Sunday Times“ besteht nur geringe Hoffnung, die Vereinigten Staaten zu der Annahme eines Vertragsinstrumentes zu bewegen, wie es von den Franzosen zur Verstärkung ihrer Sicherheit gewünscht werde. Nach siebenwöchiger Arbeit ist also noch kaum etwas erreicht und die von französischer Seite geforderten Garantiewünsche werden auf englischer Seite ebenso strikte abgelehnt, wie in anderen Kreisen. Dem Ausgang der Besprechungen zwischen Macdonald und Briand in Chequers wird unter diesen Umständen mit besonderem Interesse entgegengesehen.

Die Kantoneser Truppen von Aufständischen überrumpelt

London. Die im Aufstand gegen die Nankingregierung befindlichen Kwangsitruppen haben nach Hongkonger Meldungen überraschend Limtschau und Pakhoi im Südwesten von Kwantung besetzt. Die an diesem Teil der Front stehenden Kantonesertruppen sind durch den Angriff der Aufständischen völlig überrascht worden, so daß die Wiederaufnahme des Krieges in ziemlich großem Umfange zu erwarten ist.

Luther — Schachts Nachfolger

Die Regierung mit Dr. Luthers Kandidatur einverstanden.

Berlin. Wie die Berliner Montagpost meldet, sei die Kandidatur des Reichskanzlers a. D. Dr. Hans Luther für das Amt des Reichsbankpräsidenten nunmehr als gesichert anzusehen. Dr. Luther sei im Einvernehmen mit der Reichsregierung aufgestellt worden. Am gleichen Tage, an dem Dr. Schacht seinen Rücktritt ankündigte, habe der Präsident der Berliner Handelskammer, Franz von Mendelssohn, dem Reichskanzler Müller Dr. Luther vorgeschlagen. Die Regierung habe keine Einwendungen gemacht und damit dürfte die Wahl Luthers am Dienstag gesichert sein. Die Bestätigung einer solchen Wahl durch den Reichspräsidenten würde nicht versagt werden.

Ein Riesenprozeß in der Ukraine

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, beginnt in Charkow ein Riesenprozeß, in den 45 Vertreter der ukrainischen Regierung verwickelt sind. Den Angeklagten werden umstürzlerische Machenschaften zur Last gelegt. Unter ihnen befinden sich 11 Professoren, zwei Minister und andere hohe Persönlichkeiten der ukrainischen nationalen Bewegung. Die Dauer des Prozesses wird sich auf mindestens drei Wochen erstrecken. Die Anklageschrift hebt hervor, daß all die 45 Personen zu einem Nachbarstaat in Beziehungen gestanden hätten und mit dessen Hilfe die ukrainische Volksrepublik zu errichten gedachten. Die Anklage verlangt für 21 Personen die Todesstrafe.

Ein König kämpft um seine Krone

Spanien am Vorabend der Revolution.

Die Verhältnisse in Spanien spitzen sich immer mehr auf die einfache Formel zu: Ein König kämpft gegen ein Volk — um seine Krone. Als die Diktatur fiel und die Hoffnung auf Freiheit nach langer Kerkerhaft sich im spanischen Volke erhob: da erwies sich sogleich, daß die neue Zeit anbrechen konnte, ohne daß mehr als eine Macht der Vergangenheit stürzte. Die Monarchie hatte sich durch ihr Bündnis mit der Diktatur derart kompromittiert, daß sie selber fallen mußte, wenn die Fesseln, die die Diktatur dem Volke angelegt hatte, wirklich gelöst wurden. Die neue Regierung des Generals Berenguer versuchte zunächst gegen diese Logik der Geschichte anzukämpfen: sie wollte die Fesseln so langsam und allmählich lockern, daß sich der Uebergang von der Knechtschaft zur Freiheit schier unmerklich und ohne Erschütterung vollziehen sollte. Dieser Plan mußte scheitern, und heute, wenige Wochen nach dem Sturze der Diktatur, ist die spanische Regierung so weit, daß sie alle Versprechungen verfassungsmäßiger Freiheiten auf unbestimmte Zeit verschoben und dafür alle Mittel politischer und polizeilicher Unterdrückung wieder in Aktion gesetzt hat. Es ist der König selbst, der diesen neuen alten Kurs diktiert: es wird gemeldet, daß er mit dem Ministerpräsidenten General Berenguer eine sehr heftige Unterredung hatte, in deren Verlauf er mit allem Nachdruck die Unterdrückung der republikanischen Bewegung forderte. Das Ergebnis war der Aufschub der Wahlen auf unbestimmte Zeit, die Wiederherstellung der Zensur, eine strenge Weisung an die Behörden, Kundgebungen gegen die Monarchie mit allen Mitteln zu verhindern, und das Verbot zahlreicher Versammlungen, darunter auch einer der Madrider Sozialisten. Kurze Zeit darauf empfing der König den General Martinez Anido, den gewesenen Innenminister der Diktatur, einen berüchtigten Mann der starken Hand. Der neue Kurs der neuen Regierung — das ist die Rückkehr zu den Mitteln der Gewalt, zu den Methoden der Diktatur.

Wie arg müssen die Verhältnisse in Spanien sein, wenn ein Organ der vornehmen Nichteinmischung, allerdings auch ein Organ wirklichen bürgerlichen Freisinns, der englische „Manchester Guardian“, von ihnen folgende Schilderung entwirft: „Trotz General Berenguers schönen Versprechungen ist Spanien von der Demokratie so weit entfernt wie nur je. Das Werkzeug der Diktatur, General Primo de Rivera, ist ausgewechselt worden; die königliche Diktatur besteht fort. Vor einem Monat konnte man noch hoffen, daß König Alfons aus der allgemeinen Unbeliebtheit seines Diktators gelernt habe, daß das persönliche Regiment ein Wahnwitz ist, der zur Katastrophe führt, daß er verstehen würde, es sei das beste für ihn, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, die den Weg zurück zu normalen Verhältnissen sucht. Als echter Bourbone hat er das Ge-



Ein Denkmal für Frau Pankhurst
die streitbare Vorkämpferin der englischen Frauenrechtlerinnen, die im Sommer 1928 hochbetagt gestorben ist, wurde im Londoner Victoriapark errichtet und kürzlich enthüllt.

genteil getan. Nur die allergeringsten Zugeständnisse sind der Stimmung des Volkes gemacht worden, und auch sie offensichtlich nur mit Widerstreben… Kann sich Alfons wundern, daß sein Volk Abrechnung über seine Verantwortlichkeit für die Diktatur fordert? Hat nicht sein Verhalten während des letzten Monats es reichlich klargemacht, daß er kein widerstrebendes Opfer der Umstände war, sondern ein vollverantwortlicher Bekenner des persönlichen unverantwortlichen Regiments? König Alfons hat also seine Macht eingesetzt, um die Wiederkehr der Freiheit zu hindern. Wird es ihm gelingen? Die stärkste Kraft, die hinter ihm steht, ist zweifellos die Kirche…"

So weit das englische Blatt. In der Tat darf man nicht vergessen, daß es drei Mächte sind, die Spanien bis auf den heutigen Tag beherrscht haben: der König, die Kirche und die Armee. Die eine dieser Mächte, die Monarchie, steht nun im Mittelpunkte der heftigsten Angriffe, und es ist überaus bezeichnend, daß sich selbst in den erzkonservativen Kreisen, im spanischen Adel, wenig Geneigtheit zeigt, sich schützend vor die Majestät zu stellen und seine eigene Haut für den König zu Markte zu tragen: es gibt im Augenblick in Spanien so gut wie keine monarchistische Partei oder Bewegung, den König schützt vor der Erbitterung des Volkes nichts als die nackte Gewalt. Als Sanchez Guerra, gewesener konservativer Ministerpräsident und Monarchist, in seiner großen Rede den König heftig angriff, sah man unter denen, die lebhaft applaudierten, nicht wenig spanische Granden….

Die zweite Macht, die Kirche, ist und bleibt ein starker und verläßlicher Pfeiler der Reaktion. Und die dritte, die Armee, die schon so oft in der spanischen Geschichte das politische Schicksal des Landes entschied, indem sie sich in einem Aufstand mit der Gewalt der Waffen auf die eine oder die andere Seite schlug: die Armee schweigt vorläufig. Wird sie sich auf die Seite des Königs oder auf die des Volkes stellen? Jedenfalls stellen auch konservative Beobachter fest, daß die Bewegung gegen die Monarchie im Volke selbst keinerlei Widerstand findet und nur auf die Gegenmaßnahmen der Regierung stößt. Es besteht die Gefahr — so berichtet der Korrespondent der konservativen Londoner „Times" —, daß Spanien ein Spielball der Ereignisse wird. Jedermann wartet darauf, daß irgend etwas geschieht. — So scheint Spanien am Vorabend einer Revolution, aber in der Verteilung der Kräfte bleibt manches dunkle Fragezeichen. Handelte es sich nur um die Schlacht zwischen dem König und dem Volke — ihr Ausgang könnte nicht zweifelhaft sein!

Faschisten-Spionage in der Schweiz

Eine weitverzweigte Organisation aufgedeckt.

Bern. Die Schweizer Polizei hat im Zusammenhang mit der Tätigkeit des italienischen Lockspitzels Menapace die Fäden eines italienischen Spionagedienstes in der Schweiz entdeckt. Haussuchungen ergaben in Basel und Zürich das Bestehen dortiger Zweigstellen der italienischen Spionage. Verhaftungen wurden inzwischen insbesondere im Kanton Tessin vorgenommen. Sie ergaben, daß im Kanton Tessin zwei italienische Spionageorganisationen im Auftrag und für Rechnung der italienischen faschistischen Partei arbeiten. Andere Verhaftete arbeiteten im Auftrage der Zentralkriminalpolizei in Rom.

Die Hauptagenten haben ihren Sitz in Mailand und besuchten von Zeit zu Zeit die Schweizer Agenten. Sie waren mit falschen Pässen versehen. So ist ein in diesen Tagen in Tessin festgenommener Agent italienischer Honorarkonsul. Er benutzte auf seinen Reisen in der Schweiz entweder einen Paß mit falschem Namen oder einen Diplomatenpaß mit seinem richtigen Namen. Ein anderer Agent unterhielt ein gut besuchtes Restaurant und gab sich als wütender Antifaschist aus. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Das Antiterrorgesetz

Den Arbeiterkammern verheimlicht!

Der Oesterreichische Arbeiterkammertag nahm zu dem Antiterrorgesetz nach längerer Debatte mit den Stimmen der freien, aber auch der christlichen und völkischen Gewerkschaften, einen Protest dagegen an, daß die Regierung ihre Vorlage entgegen der bestehenden gesetzlichen Verpflichtung nicht vorher den Arbeiterkammern vorgelegt hat. An Regierung und Nationalrat wird die dringende Forderung gerichtet, den Arbeiterkammern bis Donnerstag, den 13. März die ihnen gesetzlich gebührende Gelegenheit zu geben, den Entwurf einer eingehenden Prüfung und Begutachtung zu unterziehen. Die Regierungsvorlage berühre grundlegende Probleme des kollektiven Arbeitsrechts, dem durch überstürzte Behandlung unübersehbarer Schaden zugefügt werden kann.

Der Befreiungsmarsch in Indien

Der Feldzug des passiven Widerstandes

London. Gandhi hat nach Berichten aus Ahmedabad den Befehl zu einem Aufmarsch der Freiwilligen erlassen. Damit soll der Feldzug des passiven Widerstandes eingeleitet werden. Die Gruppe wird 10 englische Meilen zurücklegen und von den Bewohnern der Dörfer durch die der Zug kommt, wird erwartet, daß sie Nahrungsmittel und Unterkunftsmöglichkeiten zur Verfügung stellen. Ghandi überläßt sein Hauptquartier während seiner Abwesenheit einer Engländerin, Frl. Madeleine Slade, der Tochter eines verstorbenen englischen Admirals und früheren Oberbefehlshabers des Ostindiengeschwaders, die ihr ganzes Vermögen zur Unterstützung der Freiheitsbewegung geopfert hat. Auf englischer Seite wird heute erklärt, daß noch ein letzter Versuch gemacht werden soll, Ghandi für die Teilnahme an der englisch-indischen Konferenz, die im Herbst in London stattfinden soll, zu gewinnen.

Baldwin Sieger

Spaltung in der britischen Weltreichspartei.

London. Zwischen Lord Beaverbrook und Lord Rothermere ist es über die Frage der Beibehaltung oder Auflösung der Weltreichspartei zu einem Bruch gekommen. Lord Rothermere setzt sich im Gegensatz zu Lord Beaverbrook auch nach den Erklärungen Baldwins über die Politik der Konservativen im Weltreich für das Fortbestehen der neuen Partei ein. Im Zusammenhang damit veröffentlicht Lord Rothermere eine Erklärung, in der er die wichtigsten Ziele der Partei bekanntgibt, wie die Einführung hoher Einfuhrzölle für Fertigfabrikate, ausreichende Zuschüsse für die Landwirtschaft, Ablehnung weiterer Zugeständnisse an Indien und Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Moskau. Lord Beaverbrook hat diese Ziele abgelehnt. Angesichts der Spaltung hat die Verwaltung des Vermögens der Weltreichspartei beschlossen, die eingezahlten Gelder an die Spender zurückzuerstatten.



Die beiden Gegner im Kampf um die Macht in Indien
Der Führer der indischen Nationalbewegung, Mahatma Ghandi (rechts), der mit der Androhung der Proklamation des passiven Widerstandes eine neue Kampfansage an Englands Adresse gerichtet hat — und sein Gegenspieler, der englische Vizekönig Lord Irvin, der durch diese Verschärfung der schon vorher sehr gespannten inneren Lage Indiens in eine äußerst schwierige Situation gekommen ist.

Scharfe Angriffe der Sowjetblätter auf Deutschland

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, veröffentlicht die Sowjetpresse die Anfrage der demokratischen Reichstagsfraktion über die angebliche Einmischung der Sowjetregierung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. Von russischer amtlicher Seite wird darauf hingewiesen, daß die Anfrage der demokratischen Reichstagsfraktion nicht den Tatsachen entspräche. Die russische Regierung habe sich gegenüber Deutschland loyal verhalten.

Trotz dieser amtlichen Erklärung richtete die gesamte Sowjetpresse scharfe Angriffe gegen die Reichsregierung. In Artikeln griffen die „Iswestija" und auch die „Krasnaja Gazetta" die Haltung der deutschen Industrie gegenüber der Sowjetunion an und erklären, die deutsche Industrie versuche, den russischen Wirtschaftsplan zu zerstören.

Tardieu sammelt Niederlagen

Vorsichtshalber keine Vertrauensfrage.

Paris. In der Kammer hat bei Beratung des Einnahmebudgets die neue Regierung ihre vierte Niederlage erlitten, die allerdings ebenso wie die drei vorausgegangenen keine Folgen für das Kabinett haben wird, da Budgetminister Germain Martin seinen Standpunkt, dem sich die Kammer in ihrer Mehrheit widersetzte, nicht durch Stellung der Vertrauensfrage vor der Abstimmung erhärtet hatte. Mit 303 gegen 248 Stimmen wurde ein Antrag des Sozialisten Ernest Lafont angenommen, der eine Abänderung der vorgesehenen Kinder- und Verheiratetenzulage für Militärpersonen enthielt. In einem anderen Einzelfalle schloß sich die Kammer der Auffassung des Budgetministers an und lehnte mit 320 gegen 261 Stimmen die Rückverweisung eines Artikels ab.

Die Wahlen in Argentinien

Am 2. März hatten die Wähler von Buenos Aires vierzehn Abgeordnete des Nationalkongresses, deren Mandate am 30. April ablaufen, neu zu wählen. Unter den Abgeordneten, deren Mandat abgelaufen ist, befinden sich auch Adolfo Dickmann und Nicolas Repetto, die zwei einzigen Vertreter der Sozialistischen Partei Argentiniens im Abgeordnetenhaus sowie Antonio de Tomaso und Alfredo L. Spinetto, zwei von den acht Abgeordneten der Unabhängigen Sozialistischen Partei. Alle vier haben wieder kandidiert.

Herabsetzung der Militärdienstzeit in Japan?

Tokio. Der Heeresausschuß des japanischen Parlaments hat dem Kriegsministerium einen Gesetzesentwurf vorgelegt, nach dem die aktive Militärdienstzeit beim Landheer auf 1 Jahr drei Monate und bei der Marine und bei Spezialtruppen auf 1 Jahr sechs Monate herabgesetzt werden soll.

Die rumänischen Sozialdemokraten verlangen die Abrüstung

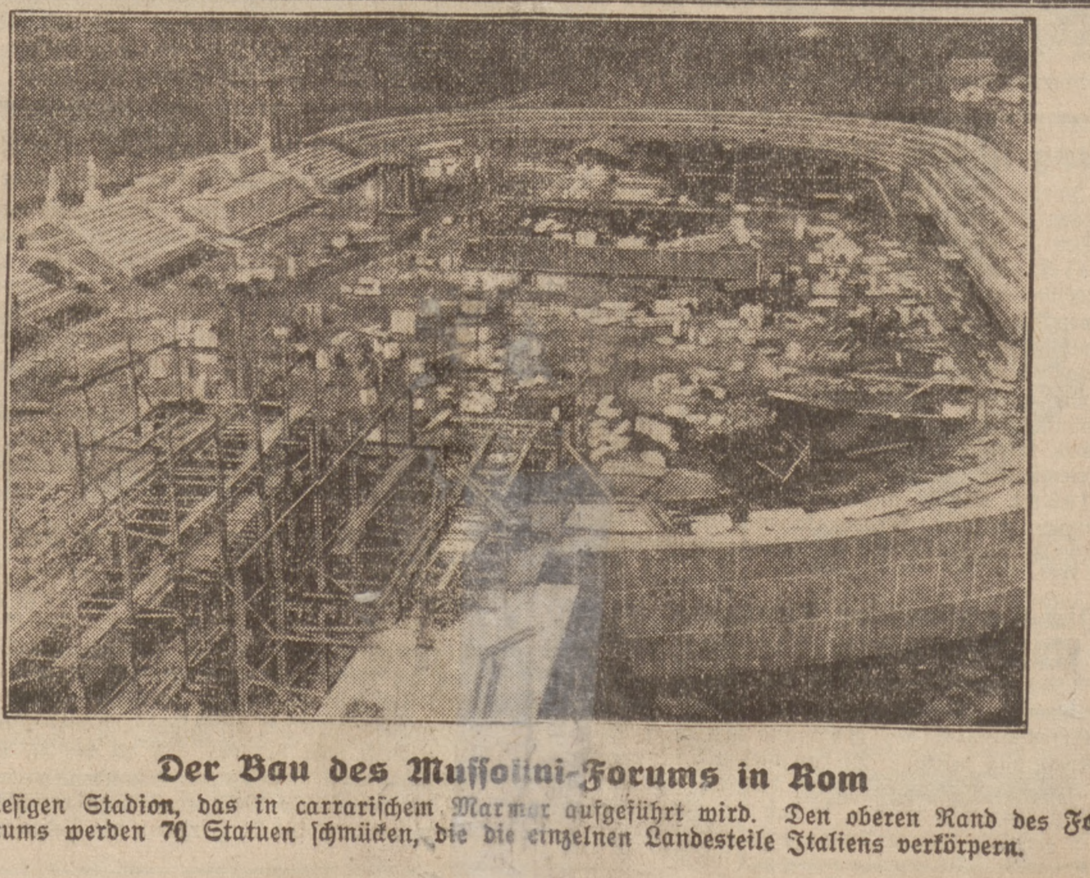
In der Debatte in der rumänischen Kammer über die neuen Militärgesetze sprach für die Sozialdemokraten Dr. Radaceanu, der die Vorlage einer scharfen Kritik unterzog. Radeceanu sagte: Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat auf ihrem Kongreß in Brüssel die Abrüstung gefordert und auch die Wege gezeigt, wie sie verwirklicht werden kann. Hierzu gehört u. a. die Einschränkung der großen Ausgaben für die Armee und die Herabsetzung des riesigen Personalstandes, der heute von den meisten Staaten unterhalten wird. Auf dem Brüsseler Kongreß wurde ein ganzes, ins einzelne gehende Programm ausgearbeitet, wie die Abrüstung durchgeführt werden kann. Während jetzt in ganz Europa im Sinne der Abrüstung gearbeitet wird, herrschen bei uns Zustände, als ob ein Krieg vorbereitet würde. Das Budget enthält viel zu große und überflüssige Ausgaben für Armeezwecke. Aber auch die im Gesetze festgelegte zweijährige Dienstzeit ist nicht notwendig, zumal die Ausbildung zum Infanteristen in viel kürzerer Zeit möglich ist.

Radaceanu wandte sich ferner gegen die im Gesetz vorgesehene vormilitärische Ausbildung und forderte die Demokratisierung der Armee. Ferner müsse in den Entwurf die Bestimmung aufgenommen werden, daß eine Mobilisierung nur mit Bewilligung des Parlaments erfolgen könne. Zum Schluß kündigte der sozialdemokratische Redner an, daß die Sozialdemokraten gegen den Entwurf stimmen werden.

Die sächsische Regierungsfrage

Sozialdemokratische Initiative.

Dresden. Die Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei in Sachsen, Landtagsfraktion u. Landesarbeitsausschuß, haben an die Deutsche Volkspartei und die Demokraten die schriftliche Anfrage gerichtet, ob diese bereit seien, mit der Sozialdemokratischen Partei in Verhandlungen zum Zwecke einer gemeinsamen Regierungsbildung einzutreten.



Der Bau des Mussolini-Forums in Rom
eines riesigen Stadion, das in carrarischem Marmor aufgeführt wird. Den oberen Rand des Forums werden 70 Statuen schmücken, die die einzelnen Landesteile Italiens verkörpern.

Polnisch-Schlesien

Werden die Nationalisten schweigen?

Wir wollen hier von der „Nationalität zur Bestialität“ nicht reden, aber die große nationalistische Hetze, die wir hier seit Jahren beobachtet haben, hat uns in jeder Hinsicht einen Schaden zugefügt, den noch die nächste Generation tief empfinden wird. Die nationalistische Hetze wird in ganz Oberschlesien getrieben, nämlich auf dem ganzen Abstimmungsgebiet, in Polnisch- und in Deutsch-Oberschlesien. Sie hat uns große wirtschaftliche und kulturelle Opfer auferlegt, die sowohl das deutsche wie das polnische Volk tief empfindet. Wir erinnern an den Theaterskandal in Oppeln und in Kattowitz, wir erinnern an die Kinokrawalle gegen die deutschen Aufschriften in Polnisch-Oberschlesien. Wer hat davon profitiert, wem brachten diese Skandale einen Nutzen? Die polnische Minderheit in Deutsch-Oberschlesien hat keine Vorstellungen und die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien hat sie auch nicht. Das polnische Theater ist war der „Herr-im-Hause“ geworden, aber der Zuhörerraum ist leer, die Defizite werden immer größer. Der Kattowitzer Magistrat mußte das Garderobengeld von 30 auf 50 und von 15 auf 30 Groschen erhöhen, weil die Garderobenfrauen bei ihrem Geschäft verhungern müßten.

Und wie sieht es in den Kinos aus? Genau so, wie in dem Kattowitzer Theater. Leere Bänke, ein paar Dutzend gähnende Besucher und besorgte Mienen der Kinobesitzer. Der Nationalismus hat ihnen die Besucher vertrieben. Deutsche Aufschriften bildeten eine Gefahr für die Machtstellung und die Größe unseres Vaterlandes und mußten weichen. Jetzt haben wir den Tonfilm bekommen, da aber die deutsche Sprache für unser Vaterland gefährlich sein soll, so wird zu den Zuhörern von dem Ekran englisch gesprochen. Für die kulturelle Erziehung ist das „nützlicher“, weil niemand diese Sprache beherrscht. Vernunft ist Unsinn — sagte Nietsche — und er scheint unsere Verhältnisse vorausgeahnt zu haben. Die Presse bringt die Meldung, daß der Theaterkrieg beendet ist. Präsident Calonder hat entschieden. Er hat so gesprochen, wie ein vernünftiger Mensch zu vernünftigen Kindern spricht, wenn sie Dummheiten treiben und sich dabei selbst Schaden zufügen. Er hat gesagt, daß es nicht Sitte und Brauch ist, Kulturvölkern, Kultureinrichtungen zu entziehen und ließ alles wieder so herstellen, wie es vor dem Theaterkrieg war. Deutsche und Polen sollen ihr Theater haben, das ist ihr gutes Recht, und Pflicht der Behörden ist es, die Vorstellungen der Minderheit zu schützen, falls Grünschnäbel, gedungen und aufgehetzt von den nationalistischen Drahtziehern, die Vorstellungen stören sollten. Dafür werden die Behörden bezahlt und dazu müssen beide Teile, Deutsche und Polen, beisteuern. Der Theaterkrieg ist also begraben, und wie der Theaterfrieden aussehen wird, dürfte sich bald zeigen.

Der elektrische Funken verbreitet die Nachricht, daß der Handelsvertrag zwischen Polen und Deutschland fertig dastehe und auf die Unterzeichnung wartet, die jeden Augenblick erfolgen kann. Vielleicht ist die Unterzeichnung, als diese Zeilen geschrieben werden, schon vollzogen, oder aber sie wird jeden Augenblick erfolgen. Der langjährige Wirtschaftskrieg wird dadurch sein Ende finden. Es war das ein Dornenweg, den die Handelsverhandlungen, die sich aus der wirtschaftlichen Struktur beider Länder mit elementarer Gewalt von allein aufdrängen und ergeben, zurücklegen mußten. Der Weg liegt hinter uns, und jetzt ist der Weg auch für ein politisches Nebeneinanderleben frei. Werden wir freundnachbarliche Verhältnisse mit Deutschland bekommen? Werden die nationalistischen Hetzer von beiden Seiten der Grenze ihre Mäuler schließen? Das sind Fragen, die wirklich schwer zu beantworten sind. Alles hängt von den beiden Regierungen ab. Sie brauchen nur die Futterkrippen, den nationalistischen Brunnenvergifter, in die Höhe zu ziehen und der Frieden ist bald wieder hergestellt.

Die Korfantypartei zu den Sejmwahlen

Gestern tagte in Kattowitz der Parteirat der Korfantysten, der, nach der „Polonia“, von hundert Delegierten beschickt war. Die Konferenz, in welcher Korfanty selbst das große Wort führte, hat zu den bevorstehenden Sejmwahlen Stellung genommen, die in einer Reihe von Entschließungen zum Ausdruck kommt. Wir werden auf die Beschlüsse der Korfantypartei noch zurückkommen, heute wollen wir nur die grundsätzliche Stellungnahme der Partei zu den Sejmwahlen streifen.

U. a. wurde folgende Entschließung angenommen: „Der Parteirat für die schlesische Wojewodschaft empfiehlt dem Parteivorsteher eine selbständige Taktik bei den Sejmwahlen einzuschlagen. Unter keinen Umständen darf weder direkt noch indirekt irgend welche Bindung mit dem Lager der „Sanacja Moralna“ erfolgen. Die Verbindung der Wahllisten ist nur mit polnischen Oppositionsparteien, die die christlichen Grundsätze anerkennen und im Kampfe mit der Sanacja stehen, zulässig. Die polnische Einheitsfront, die von der „Sanacja Moralna“ anläßlich der Sejmwahlen in den Vordergrund geschoben wird, wird als ein demagogischer Trick der für die polnischen und staatlichen Interessen schädlich ist, zurückgewiesen.

Weiter wurde eine Entschließung angenommen, in welcher die Abberufung des gegenwärtigen Wojewoden verlangt wird. Der diesbezügliche Beschluß lautet: „Im Interesse der Beruhigung der Gemüter und politischen Verhältnisse in der schlesischen Wojewodschaft, verlangt der Parteirat die Abberufung Dr. Grażynskis von dem Wojewodschaftsposten. Weiter verlangt der Parteirat die sofortige Veröffentlichung des durch die gesetzgebenden Körperschaften beschlossenen Gesetzes über die Reinheit der Wahlen und die Belehrung der staatlichen und kommunalen Verwaltungsstellen, daß ihnen untersagt ist, weder direkt noch indirekt irgend welchen Einfluß auf die Wahlen zu nehmen.“

Vorübergehende Schließung der Sejmbibliothek

Infolge Vornahme von Renovationsarbeiten wurde die schlesische Sejmbibliothek in Kattowitz vorübergehend, und zwar ab vergangenen Sonnabend, geschlossen. Wie es heißt, soll dieselbe am Sonnabend, den 15. d. Mts., für das Publikum wieder geöffnet werden. — y.

Der Westmarkenverband über seine „segensreiche“ Tätigkeit

Gestern wurde die „Westmarkenwoche“ beendet. Sie ist diesmal bescheidener ausgefallen als sonst, aber der Westmarkenverband ist mit dem Ergebnis zufrieden. Es bleibt ihm ja schließlich nichts anderes übrig und, obwohl der Westmarkenverband diesmal mit der Sammlungsaktion in die breite Oeffentlichkeit nicht getreten ist, sind wir auch zufrieden, daß die Westmarkenwoche vorüber ist. Ohne Prahlerei ist es aber nicht geblieben, denn der Westmarkenverband veröffentlicht einen langen Bericht über die Sommerkolonie der Schulkinder, die er betreibt und preist hier seine „segensreiche“ Tätigkeit.

In seinem Bericht wird gesagt, daß bei der Versendung der Schulkinder in die Sommerfrische vor allem nationale Rücksichten in Frage kommen und das ist es gerade, was wir bekämpfen und unsere Stellungnahme wird von allen anständigen Menschen geteilt. Was sind das, die „nationalen Rücksichten?“ Vor allem die Zurücksetzung der Kinder der „Renegaten“, bezw. mißliebiger Eltern und dann die Polonisierungsbestrebungen durch die Aktion. Nur so können die „nationalen Rücksichten“ gedeutet werden und nicht anders.

Im Zusammenhange damit konnte auch die polnische Oppositionspresse berichten, daß tatsächlich bedürftige Kinder übergangen wurden, während Kinder von den Aufständischen und anderen Patentpatrioten, obwohl sie weniger bedürftig waren, in die Sommerfrische fahren konnten.

Wir würden uns in diese Dinge überhaupt nicht einmischen, wenn die Aktion aus Verbandsmitteln des Westmarkenverbandes erfolgen würde, aber es sind lauter öffentliche Mittel, Steuergelder, die wir alle zusammentragen müssen. Die Sommerkolonien der schlesischen Kinder subventioniert die schlesische Wojewodschaft, und sie hat für diese Zwecke 640 000 Zloty im vorigen Jahre ausgezahlt. Zur Versendung in die Sommerferien gelangten im vorigen Jahre 7 294 Kinder, mithin entfällt auf ein jedes Kind 85 Zloty und das ist wirklich nicht wenig. Man muß doch berücksichtigen, daß die staatlichen Gutsbesitzungen, wo die Kinder meistens untergebracht werden, die Räume und zum Teil die Verpflegung, den kleinen Sommergästen unentgeltlich zur Verfügung stellen, und dadurch stellen sich die Kosten sehr billig.

Es mutet wirklich grotesk an, wenn der Westmarkenverband die Behauptung aufstellt, daß er in der Lage ist, für 10 Zloty ein Kind in die Sommerferien zu schicken. Das vermag niemand und am wenigsten der Westmarkenverband zu machen. Selbst die Gemeinden haben bisher mehr als 10 Zloty Subvention pro Kind an den Westmarkenverband gezahlt. Gegenwärtig hat der Westmarkenverband eine große Sammlungsaktion eingeleitet und ist an alle Gemeinden wegen einer hohen Subvention für die Sommeraktion herangetreten. Manche Gemeinden haben die Subventionen bewilligt, andere lehnten das Ansinnen ab und zwar mit Recht, denn wenn man solche Beträge für solche Zwecke bewilligt, so will man auch wissen, ob die Gelder entsprechend verwendet wurden. Eine Kontrolle ist hier unbedingt notwendig, und der Westmarkenverband ist keine öffentliche Einrichtung, die der öffentlichen Kontrolle unterliegt.

Die Wojewodschaft finanziert die Sommerkolonien, die Gemeinden desgleichen. Es kommen große Beträge aus öffentlichen Mitteln zusammen, und die öffentliche Kontrolle fehlt. Es ist also am Platze, wenn die Oeffentlichkeit gegen solche Durchführung der Sommerkolonien protestiert und die Gemeinden die Subventionierung ablehnen. Abgesehen von der Sanacja hat sonst kein Mensch in Schlesien zu dieser Aktion ein Vertrauen, und die Wojewodschaft sollte daraus die Konsequenzen ziehen.

Die Arbeiter wollen Arbeit und Brot haben

Die große Krise nimmt jede Woche an Ausdehnung zu. In Polen werden 268 545 Arbeitslose notiert, in der schlesischen Wojewodschaft sind es rund 30 000. Alle übrigen Arbeiter, die noch in der Arbeit stehen, sind lauter Teilbeschäftigte, die 2, 3, 4 Tage in der Woche arbeiten. Millionen von Menschen in Stadt und Land gehen hungrig herum und viele tragen auf dem Leib kein Hemd. Hungrige Frauen und Kinder bilden eine alltägliche Erscheinung. Die Linderung der Not kann niemanden befriedigen, und Herr Prystor hat den Antrag des Hauptvorstandes des Arbeitslosenfonds, auf Herabsetzung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung genehmigt, obwohl alle Arbeiterorganisationen davor gewarnt haben.

Die Beiträge wurden von 2 auf 1,8 Prozent des Arbeiterlohnes herabgesetzt und die Folge davon war, daß 30 Millionen Zloty Reserve für die Zeit des Niederganges aufgezehrt wurden. Die Wirtschaftskommission des Sejms hat 14 Millionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bewilligt, doch ist das ein Tropfen auf den heißen Stein, denn im März braucht der Arbeitslosenfonds 12 Millionen Zloty für die Auszahlung der Unterstützungsgelder. Woher jetzt die Mittel hernehmen, um der notleidenden Menschheit zu helfen? Gewiß ist das System an der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nicht schuld. Ihre Ursachen sind in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu suchen. Die tiefsten Ursachen der Krise können nur beseitigt werden, wenn die kapitalistische Wirtschaftsform beseitigt wird.

Wir beschuldigen aber das Nachmaisystem, daß es zur Verschärfung und Vertiefung der Krise beigetragen hat und eine Tätigkeit entwickelte, die es erschwert und im gewissen Grade unmöglich macht, der Krise und dem menschlichen Elend zu steuern. In dem Zentralorgan der P. P. S., dem „Robotnik“, lesen wir über die Schuld des Nachmaisystems folgendes:

Warum beschuldigen wir gerade das Regierungssystem?

1. Weil in den, dem Maiumsturz unmittelbar folgenden Monaten Polen eine sogenannte Konjunktur zu verzeichnen hatte. Die Regierung hat diese Periode nicht ausgenutzt und es nicht vermocht, die rückläufige Konjunktur vorauszusehen und es auch nicht verstanden, sich für sie vorzubereiten. Alle warnenden Stimmen wurden von der Regierung als Kundgebungen bösartigen Parteiwesens geflissentlich überhört. Das „freudige Schaffen“ wurde in günstiger Konjunkturzeit plan- und ziellos geführt.

2. Weil mit dem Augenblick des Ausbruches der Krise die mit politischen Aventüren beschäftigte Regierung des Herrn Switalski die Flammenzeichen der bevorstehenden Schwierigkeiten unbeachtet gelassen und keine Gegenmaßnahmen getroffen hat.

3. Weil nach der Uebernahme der Regierungsgewalt durch Herrn Prof. Bartel, das politische Skandalwesen nicht nur fortgesetzt, sondern sich in anderen Formen verstärkt hat und zwar auf dem Gebiete der Parlamentstaktik des Klubs der B. B., wodurch ein Zustand der allgemeinen Unsicherheit geschaffen wurde, die jede planmäßige Aktion und Arbeit vereitelte und die Aufnahme der geringsten Anleihe zu einigermaßen annehmbaren Bedingungen unmöglich macht. Die Rechnung für das alles hat nun das ganze Land zu bezahlen, in erster Linie aber die Arbeiterklasse, die Bauern und die Kopfarbeiter.

Für diese scharfe, in ihren Folgen so tragische Krise, für deren Verschleppung und Vertiefung, sind einzig und allein die Leiter und Schöpfer des Regierungssystems verantwortlich. Auch der gegenwärtige Ministerpräsident Prof. Bartel ist auch nicht ganz frei von der Verantwortung. Herr Bartel mag oder will nicht einsehen, daß ein Zustand politischer Unsicherheit und Zwiespältigkeit für das Land ein Unglück sei und zwar ein Unglück im doppelten Sinne. Wennn er als Ministerpräsident nicht in der Lage ist, ein wirklicher Premier zu sein, so muß man fragen, welche Rolle spielt er denn? Die Massen des werktätigen Volkes wissen und fühlen es, daß das, was wir behaupten wirklich wahr ist.“

Wir empfehlen dem Kattowitzer Sanacjablatt, die Ausführungen des „Robotnik“ zu lesen, bevor es weitere Dummheiten über Schuld oder Unschuld der Regierung an der Krise zur Veröffentlichung bringt.

Wirtschaftsfonds und Baukredite

Obwohl die Gelder des schlesischen Wirtschaftsfonds hauptsächlich zur Förderung der Wohnbautätigkeit und damit zur Behebung der Wohnungsmisere bestimmt sind, macht die Erlangung von derartigen Baukrediten aus diesem Fonds überaus große Schwierigkeiten. Es werden Beschwerden darüber laut, daß die Antragsteller kurz abgefertigt und ihre Gesuche in den weitaus meisten Fällen glatt abgelehnt werden.

In letzter Zeit wurde diese Frage auf verschiedenen Sitzungen aufgerollt und berechtigte Klagen geführt. Man protestiert ganz energisch dagegen, daß die Verwaltung des schlesischen Wirtschaftsfonds die Antragsteller mit geradezu unbegründeten Bescheiden abfertigt. Wenn beispielsweise ein Antragsteller ein Gesuch unterbreitet und zum Ausdruck bringt, daß er unbedingt einen Kredit aus dem Wirtschaftsfonds für die Vornahme eines Anbaues, bezw. Umbaues, oder aber zwecks Beendigung eines Wohnhauses dringend benötigt, so erhält er den Bescheid, daß sein Antrag deswegen keine Berücksichtigung finden kann, weil nämlich die Gelder des Fonds für Ausführung von neuen Wohnhäusern vorgesehen sind.

Werden dagegen Kredite für die Errichtung neuer Wohnbauten angefordert, so erfolgt eine Ablehnung, mit der Begründung, daß die Kredite ausschließlich für die Beendigung bereits angefangener neuer Bauten bereitgehalten werden. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein solches Verfahren, bezw. ein derartiges Umgehen mit den Antragstellern, welche derartige Kredite dringend benötigen, nur zu Unzuträglichkeiten führt. Den Antragstellern wird bei einer derartigen Methode die Kreditbeschaffung direkt zur Unmöglichkeit gemacht.

Man muß hier unwillkürlich die Frage aufwerfen, wofür denn dann die großen Summen, welche dem schlesischen Wirtschaftsfonds zufließen, überhaupt Verwendung finden. Die breite Oeffentlichkeit ist daran zweifellos sehr interessiert, um zu erfahren, in welcher Weise die Fondsgelder angelegt werden. Es wäre daher sehr angebracht, wenn die Verwaltung des schlesischen Wirtschaftsfonds in dieser Hinsicht eine öffentliche Aufklärung gibt. Y

Die Arbeitsgemeinschaft für die Teilbeschäftigten

Die schlesischen Industriebetriebe haben Feierschichten eingelegt, die bis heute andauern. In den Eisenhütten wurden die Feierschichten bereits vor den Weihnachtsfeiertagen eingelegt, und das Arbeitsministerium hat angeordnet, daß den Kurzarbeitern in den Eisenhütten, sobald sie nur 3 Tage in der Woche arbeiten, die Arbeitslosenunterstützung auszuzahlen ist.

Die Anordnung des Ministers bezog sich aber nur für die Dauer von 3 Monaten und im März haben die Kurzarbeiter keine Unterstützung mehr erhalten. Die Arbeitsgemeinschaft hat daher an das Arbeitsministerium ein Gesuch gerichtet, die Anordnung des Ministeriums vom Dezember zu verlängern.

Begründet wurde der Antrag damit, daß die Feierschichten nach wie vor bestehen und die Lage der Kurzarbeiter außerordentlich schwierig ist. Auch wird verlangt, daß in die Unterstützungsaktion die Arbeiter in den Metallhütten mit einbezogen werden, weil auch hier die Feierschichten überhand nehmen.

Festsetzung des neuen Goldwertes

Das Finanzministerium in Warschau hat den neuen Wert für ein Gramm reines Gold auf 0.9244 Zloty festgesetzt. Der Goldwert hat für den laufenden Monat Gültigkeit. y.

1000 Diebstähle täglich

In der Statistik der Gesetzesübertretungen in Polen für das Jahr 1928 stehen an erster Stelle die Diebstähle. Es sind über 300 000 notiert, also fast 1000 täglich! Darunter 270 000 gewöhnliche Diebstähle, 34 760 Einbrüche und 158 Einbrüche in Kirchen. An zweiter Stelle stehen öffentliche Ruhestörungen — 75 611. Körperverletzungen und Schlägereien — 72 334; Betrügereien aller Art wurden im genannten Jahre 23 817 verübt. Vergehen gegen die Behörden wurden 16 473 begangen; davon Widerstand gegen die Staatsgewalt 3077. Wegen Landstreicherei und Bettelei sind 14 337 Personen verhaftet worden. Diese Vergehen sind in Polen am zahlreichsten.

Die folgenden weisen schon niedrigere Zahlen auf. Die höchste Ziffer (8870) bilden sittliche Verbrechen, davon 893 sexuelle. Verhältnismäßig hoch ist die Zahl der politischen Verbrecher. Im Jahre 1928 sind 3334 Personen, d. h. durchschnittlich 10 täglich verhaftet worden; davon 225 Personen wegen Hochverrats, der Rest fast ausschließlich Kommunisten. Brandstiftungen gab es 2352; Wertpapier- und Geldfälschungen — 2019, Fälschung von Papieren und Personalausweisen — 851, Fälschung von Lebensmitteln — 405. Im ganzen sind 3275 Fälschungen begangen worden. Wegen Glücksspiels wurden 1732 Personen verhaftet, wegen Kindesaussetzung 1436, wegen Abtreibung — 1323. Kindesmorde sind 837 notiert worden, Morde und Totschläge — 1382, Raubüberfälle — 1321. Für Schmuggel wurden 1270 Personen bestraft, wegen Fahnenflucht 1150. Von anderen Vergehen sind notiert: Spionage — 115, Mädchenhandel — 20, Bigamie — 103.

Kattowitz und Umgebung

Beschlüsse des Kattowitzer Magistrats.

Die letzte Magistratssitzung wies wenige Punkte zur Erledigung auf. Längere Zeit hindurch befaßte man sich mit den Bauprojekten für die diesjährige Bausaison, sowie der Angelegenheit betreffend die Hebung der Bautätigkeit im allgemeinen. Nach einem weiteren Beschluß sollen Monat April d. J. die Entschädigungssätze für die Armenärzte in einer entsprechenden Weise eine Erhöhung erfahren.

Eine Subvention von 300 Zloty erhielt der Verein für Gefangenenfürsorge. Der Auftrag, zwecks Einbau der Koch- und Heizkessel im städtischen Kinder-Erholungsheim in Gorzytze, wurde dem billigsten Offerenten, und zwar der Firma „Higjena", zuerkannt.

Die Geschichte von der „alten Drahtkommode". Ein nicht alltäglichen Prozeß kam am Sonnabend vor dem Landgericht Kattowitz zur Verhandlung. Es handelte sich um die Privatklage der Firma Bechstein, Berlin, und der Vertreterfirma, Musikhaus Wittor, Kattowitz, gegen Dr. Goldstein von der „Wirtschaftlichen Vereinigung" in Kattowitz. In einer kritischen Abhandlung in der „Wirtschaftskorrespondenz", über den Klavierabend des bekannten Pianisten Reuter, der durch die Deutsche Theatergemeinde im Monat Dezemb. 1928 im Kattowitzer Stadttheater veranstaltet worden ist, bemerkte Dr. Goldstein, daß der zur Verfügung gestellte Bechsteinflügel für diesen musikalischen Abend nicht verwendbar und sehr verstimmt war. Er bezeichnete den Bechsteinflügel als eine „alte, abgesessene Drahtkommode". Dies nahmen die beiden Musikfirmen zum Anlaß, um gegen Dr. Goldstein, gewissermaßen wegen Geschäftsschädigung, klagbar vorzugehen. In erster Instanz kam Dr. Goldstein frei. — Die Firmen legten Berufung ein, so daß sich mit dieser Geschichte die Strafkammer nunmehr beschäftigte. Diesmal waren als Zeugen mehrere Musikkenner geladen, welche ihr Urteil über die Beschaffenheit des in Frage kommenden Bechsteinflügels abzugeben hatten. Dr. Goldstein erklärte als Beklagter auch diesmal wieder, daß er an dem fraglichen Abend herausgefunden hätte, daß der Flügel verstimmt gewesen ist. — Als Zeugen zugegen waren u. a. Redakteur Cwienk (Oberschlesischer Kurier), Redakteur Smotrycki (Polonia), alsdann der Leiter des Meisterschen Gesangvereins, Professor Lubrich, sowie der Direktor des Schlesischen Musikkonservatoriums, Professor Stronski. Zeuge Cwienk bemerkte, daß er den Fügel s. Zt. nicht ganz intakt befunden hätte. Die weiteren Zeugen und zwar Professor Lubrich, sowie Professor Stronski dagegen führten wieder aus, daß der Bechsteinflügel einen guten Klang aufweist. Während eines Konzertabends, den ein bekannter polnischer Pianist gab, soll man nach Aussage des Professors Stronski mit dem Flügel sehr zufrieden gewesen sein. Nach Entgegennahme der Gutachten verurteilte das Gericht den Beklagten Dr. Goldstein zu einer Geldstrafe von 20 Zloty, sowie Tragung der Gerichtskosten. y.

Das gestohlene Personenauto. In der Nacht zum vergangenen Sonnabend wurde in einer Autogarage auf der ul. Konopnicka in Kattowitz ein schwerer Einbruchsdiebstahl verübt. Die Täter öffneten gewaltsam die Türschlösser und stahlen aus dem Inneren der Garage das Personenauto Sl. 42 002, welches Eigentum der Schokoladenfabrik "Kaplana" in Kattowitz ist. Die Polizei wurde von dem Autodiebstahl, welcher erst am nächsten Morgen entdeckt wurde, in Kenntnis gesetzt. In derselben Nacht wurde auf der Chaussee nach Tichau ein Auto angehalten, welches kein Licht führte. Da die beiden Autoinsassen, es handelt sich um den Erich B. aus Kattowitz und Max B. aus Bogutschütz, keine vorschriftsmäßigen Ausweispapiere bei sich führten, wurde das Auto von der Polizei beschlagnahmt und die beiden Personen vorübergehend in Polizeihaft behalten. Die weiteren polizeilichen Ermittelungen werden ergeben, ob es sich hierbei um das gestohlene Personenauto handelt. y.

Der Dieb im Autobus. Beim Einsteigen in einen Autobus wurde am Kattowitzer Ring dem Kaufmann Georg Piegsa von der ul. Marszalka Pilsudskiego aus einer Ledertasche ein Geldbetrag von 221 Zloty gestohlen. Die polizeilichen Ermittelungen nach dem Täter sind im Gange. x.

Reiche Diebesbeute. 1 Kiste Margarine im Gewicht von 20 Kilo, 1 Kiste Kokosfett von 15 Kilo, sowie 6 leere Dosen wurden aus den Kellerräumen dem Kaufmann Paul Staniczek von der ul. Mikolowska 44 in Kattowitz gestohlen. Den Tätern gelang es, unerkannt zu entkommen. x.

Zalenze. (Folgenschwerer Unglücksunfall.) Einen Beinbruch erlitt ein gewisser Faust aus Zalenze, welcher, aus einer Restauration heimkehrend, auf das Straßenpflaster stürzte. x.

Bielschowitz. (Ein Damenfahrrad gestohlen.) Ein unbekannter Spitzbube entwendete der Agnes Blacha aus Nowy-Bytom aus einem Hauseingang in Bielschowitz ein Damenfahrrad Marke „Luna" Nr. 16 611. Nach dem Täter wird polizeilicherseits gefahndet. x.

Königshütte und Umgebung

Um die Errichtung eines Kommunalfriedhofes.

Vorgestern kamen die Vorstände der D. S. A. P., der Freidenker und der „Jednosc Robotnicza" im Volkshause in Königshütte zu einer Sitzung zusammen, um die Antragstellung auf Errichtung eines städtischen Friedhofes zu beraten. Aus unbekannten Gründen ist zu dieser Aussprache der Vorstand der PPS. nicht erschienen. In zweistündigen Beratungen wurden die bisherigen Vorbereitungen und Unternehmungen zur Sprache gebracht, woran sich 13 Diskussionsredner beteiligten. Einmütig wurde zum Ausdruck gebracht, alle Schritte zu unternehmen, die zu der Verwirklichung des Kommunalfriedhofes führen, so daß auch einem Teil von andersgesinnten Menschen Rechnung getragen wird. Denn diese berechtigte Forderung ist heute nicht eine Fiktion, sondern gilt als eine Selbstverständlichkeit, die in anderen Ländern schon lange besteht. Irgendwelche Beschlüsse wurden in dieser Informierungssitzung noch nicht gefaßt, weil am 9. April d. J. in Kattowitz in derselben Angelegenheit eine gemeinsame Konferenz aus ganz Polnisch-Oberschlesien stattfinden wird, wo Beratungen über die Errichtung von Kommunalfriedhöfen gepflogen werden. Alles Nähere wird noch rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Stadtverordnetenfraktion. Am Dienstag, den 11. März, abends 7 Uhr, findet im Metallarbeiterbüro eine Fraktionssitzung der D. S. A. P.-Stadtverordneten statt. Stellungnahme zur kommenden Stadtverordnetensitzung. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder hierzu ist Pflicht

Ein neuer Stadtverordneter. Stadtverordneter Stephan von der Deutschen Wahlgemeinschaft hat sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt. Laut Listenvorschlag tritt an seine Stelle der Kaufmann Karl Fröhlich in das Stadtverordnetenkollegium ein, nachdem dieses der Wahlausschuß festgestellt hat.

Apothekendienst. Den Nachtdienst versehen in dieser Woche im südlichen Stadtteil die Löwenapotheke auf der ulica Wolnosci, im nördlichen Stadtteil die Barbaraapotheke am Plac Mickiewicza.

Was kommt zur Beratung? In der am Mittwoch, den 12. März, nachmittags 17 Uhr, in der Aula des Mädchengymnasiums stattfindenden Stadtverordnetensitzung kommen 18 Punkte zur Beratung. Unter anderem erfolgt die Wahl je eines Mitgliedes in den Vorberatungsausschuß, in die Besoldungskommission, in den Vorstand der gewerblichen Fortbildungsschule, Wahl eines Bezirksvorstehers, Beschließung einer Geschäftsordnung für die städtischen Kassen, desgleichen einer Instruktion für die städtische Kontrollabteilung, Nachbewilligung eines Kredites zwecks Bezahlung der an die Arbeitslosen und Armen gelieferten Kohlen, Bestätigung von Kosten für in 6 Straßen ausgeführten Kanalisationen und Verteilung derselben an die Anlieger, Einverständniserklärung, betreffend der Aufstockung des städtischen Sparkassengebäudes, Wahl von Mitgliedern in 35 Reklamationskommissionen. Der Vorberatungsausschuß tagt heute, nachmittags 18 Uhr, im Sitzungssaale des Rathauses, Zimmer 108.

Die Polizeidirektion warnt. Nachdem in letzter Zeit wiederholt festgestellt wurde, daß die in den Straßen aufgestellten Verkehrszeichen von Personen verstellt und sogar beschädigt wurden, hat die Polizeidirektion eine strenge Warnung erlassen, die sich auf die Verstellung und Beschädigung der Verkehrszeichen bezieht. Hierbei wird aufmerksam gemacht, daß die Schuldigen mit Gefängnis bis zu drei Jahren, bezw. entsprechender Geldstrafe belegt werden können.

Lohnkampffragen vor dem Zivilsenat des Bezirksgerichtes

Am 4. August 1928 sind die in den Eisenhütten beschäftigten Maurer- und Zimmerleute in den Streik getreten. Sie verlangten eine Lohnerhöhung und Abschließung eines besonderen Lohntarifes der nicht durch die Arbeitsgemeinschaft, die die Interessen aller Metallarbeiter vertritt, sondern durch den Berufsverband der Maurerorganisation abzuschließen wäre. Der Streik dauerte längere Zeit und nach dem die Maurerarbeiten, insbesondere bei den Oefen täglich ausgeführt werden müssen, wurde der Betrieb in den Hütten zeitweise gestört.

Die Maurergewerkschaften wandten sich an den Arbeitgeberverband und verlangten die Abschließung eines Tarifes. Dieser lehnte das Ansuchen mit der Begründung ab, daß er mit dem Maurerverbande keine besonderen Verträge abschließen wird, denn er schließt die Verträge mit der Arbeitsgemeinschaft ab. Daraufhin wandten sich die Maurerverbände an den Schlichtungsausschuß, wurden aber abgewiesen.

Das nahm der Arbeitgeberverband zum Anlasse und verlangte vom Zentralny Zwionsek und der Polnischen Berufsvereinigung eine Entschädigung für den durch den Streik erlittenen Schaden. Beide Verbände sollten je 28 200 Zloty Schadenersatz an die Hütten zahlen. Weiter beschuldigten die Hütten, die Arbeitergewerkschaften, daß sie während des Streiks Terrorakte verübt haben.

Der Arbeitgeberverband strengte gegen die beiden Gewerkschaftsrichtungen eine Klage auf Zahlung der Entschädigung und verlangten ihre Verurteilung. Die Klage kam vor dem Zivilsenat des Bezirksgerichtes in Kattowitz zur Entscheidung. Die Hütten waren durch die beiden Rechtsanwälte, Dombrowski und Michejda, die polnische Klassenkampfgewerkschaft durch Dr. Baj und Dr. Stach und die Polnische Berufsvereinigung durch die Rechtsanwälte Wolny, Mildner und Mroczkowski vertreten. Nach langen Beratungen hat das Gericht die Klage der Hütten kostenpflichtig abgewiesen. Die Urteilsbegründung ist jedenfalls interessant und für die Arbeiterbewegung von außerordentlicher Wichtigkeit und wir wollen einige wichtige Stellen daraus wiedergeben.

Von einem Vertragsbruch — heißt es in der Urteilsbegründung — kann keine Rede sein und von ungesetzlichen Handlungen von seiten der streikenden Arbeiter ebenfalls nicht. Der Streik ist als Kampfesmittel im wirtschaftlichen Leben gestattet und in der Rechtspraxis anerkannt. Der Streik, der hier das Streitobjekt bildet, war gesetzlich begründet und die Streikenden haben Forderungen gestellt, auf die sie nach den bestehenden Gesetzen Anspruch erheben konnten. Die Beklagten haben die alten Verträge im Januar 1928 gekündigt und davon den Klägern Mitteilung gemacht. Sie haben auch ordnungsmäßig mitgeteilt, daß die Arbeitsgemeinschaft von nun ab, nicht mehr berechtigt ist, die Interessen der Maurer zu vertreten. Der Hinweis der Kläger, daß sie nur mit einer und nicht mit mehreren Organisationen zu tun haben wollen, ist nicht stichhaltig und kann rechtlich die Gegenseite nicht binden.

Diese Anschauung ist zugleich die Antwort auf die Frage, ob der Streik legal oder nicht legal war, denn die Beklagten haben hier lediglich Berufsinteressen vertreten. Das Gericht ist zu der Ueberzeugung gelangt, was schließlich aus dem Verlauf der Sache einwandfrei festgestellt werden kann, daß hier lediglich wirtschaftliche Ziele angestrebt wurden und nach dem keine anderen Mittel zur Verfügung standen, blieb der Streik übrig, der nach dem Gesetz zulässig ist. Die Kläger haben keinen Beweis über verübte Terrorakte beigebracht. Es steht fest, daß die Streikenden nichts beschädigt haben, weder Maschienen noch sonst irgendwelche Einrichtungen. Sie stellten Streikposten aus, was gesetzlich zulässig ist, da die diesbezüglichen Vorschriften in der Gewerbeordnung aufgehoben wurden und das Streikpostenstehen dem Gesetze nicht zuwiderläuft. Auch soll nicht übersehen werden, daß in dem Streikflugblatt die Aufforderung an die Streikenden ergangen ist, den Sieg mit legalen Mitteln zu erringen. Das Gericht mußte daher die Klage auf Entschädigung kostenpflichtig abweisen.

Gemeindearbeit in Friedenshütte

Besetzung der Kommissionen — Schöffenwahl — Die Volksküche abgelehnt — Wann wird endlich gebaut werden?

Am Donnerstag, den 6. März, fand eine Gemeindevertretersitzung unter dem Vorsitz von Gemeindevorsteher Machon statt. Auf der Tagesordnung standen 11 Punkte, welche restlos erledigt wurden. Seit Bestehen der neuen Rada kann man beobachten, daß man bestrebt ist, die beiden deutschen Sozialisten beiseitezuschieben. Bei der Besetzung der einzelnen Kommissionen versuchte man, dieselben einfach zu übergehen, was auch infolge der Einigkeit zwischen den deutschen und polnischen Christen gelungen ist.

Und nun der Sitzungsverlauf selbst. Bei Beginn der Sitzung wurde ein Dringlichkeitsantrag von den Korfantysten eingebracht, und zwar sollen alle Volksschulen in Katholische Volksschulen umbenannt werden. Die Dringlichkeit wurde nicht anerkannt und der Antrag bis zur nächsten Sitzung zurückgelegt. Zu Punkt 1 stand die Wahl eines Gemeindeschöffen. Da Direktor Absolon das Mandat als Schöffe niederlegte, war die Wahl eines neuen Schöffen erforderlich. Vorgeschlagen wurden von der Korfantypartei Schulleiter Bierdziecki und von seiten der Sanacja Eckert. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat. 12 Stimmen für Bierdziecki, 6 für Eckert und 4 weiße Zettel wurden abgegeben.

Punkt 2: Wahl von 2 Mitgliedern in die „Komisja Regulaminowa". Es ist dies eine Kommission von kleinerer Bedeutung. Mit einer Art Großmütigkeit wollte man den beiden Sozialisten diese Kommission überlassen. Unsere Genossen lehnten ab und verzichteten auf die Wahl in diese Kommission. Bezeichnend ist die Einigkeit der deutschen mit den polnischen Christen gegenüber unseren Genossen. Aber es handelt sich ja nur um einen deutschen Sozialisten, da schiebt man das Deutschtum gern beiseite. Da auch diesmal unsere beiden Genossen auf diese Wahl verzichteten, kam die Kommission nicht zustande. — Zu Punkt 3 sollten die Waisenräte neugewählt werden. Es wurden die alten Räte wiedergewählt. Unsere Gemeinde besitzt verschiedene Fonds. Was für welche? Davon wurden an Zinsen eingenommen: 18 910 Zloty, welche dem vorhandenen Kapital überwiesen wurden. Ferner stellten die Gemeindeangestellten den Antrag, auf dem Gemeindehaus Radioantennen aufstellen zu dürfen und die Gemeinde möge die Hälfte der Kosten tragen. Die Aufstellung der Antennen wurde genehmigt, aber auf eigene Rechnung. Der nächste Punkt betraf den Beitritt der Gemeinde zum Antialkoholverein, mit einem Jahresbeitrag von 35 Zloty. Dieses Geld ist direkt umsonst herausgeworfen. Viele Gemeinden, hauptsächlich weiter in Polen, haben, um diesem Verein auch praktische Wirkung zu geben, beschlossen, sonntagsüber den Verkauf von alkoholischen Getränken zu verbieten. Dieses Verbot hat durchaus keine Wirkung. Der Schnaps, der dort an den Sonntagen eingenommen wird, würde genügen, um unseren Rawafluß zum Ueberlaufen zu bringen. Des weiteren erfolgte die Erhöhung der einzelnen Budgetpositionen für das Jahr 1929.

Bei Punkt 8 bewilligten unsere Gemeindeväter allen Sportvereinen eine Subvention von insgesamt 6500 Zloty, unter der Bedingung, daß an Sonntagen während des Gottesdienstes nicht gesportelt werden darf. Zur Erweiterung des Kanals an der ulica Wojciecha Rymera wurden 800 Zloty bewilligt. Punkt 10 behandelte die Frage der Volksküche. Die Gemeinde will in dem neuen Gebäude am Wasserturm eine Volksküche einrichten. Durch Mehrheitsbeschluß wurde die Errichtung einer Volksküche nicht für notwendig befunden, da doch in unserer Gemeinde lauter Arbeiter wohnen, welche „Ministergehälter" beziehen. Die Arbeitslosen und Ortsarmen können weiter singen: „Gott sorgt für mich, was soll ich sorgen!" —

Gemeindevertreter Zydek führte alsdann Klage über die schlechte Beschaffenheit des Bürgersteiges am Plac Wolnosci. An der ulica Miarki steht eine Tankstelle. Die Bewohner der umliegenden Häuser beklagen sich über das unsinnige Hupen der Chauffeure. Der Gemeindevorstand wurde ersucht, daselbst Abhilfe zu schaffen. — Große Sorge bereitet auch das Wohnungselend. Hunderte von Wohnungslosen warten auf den Bau von Wohnhäusern. Schon in der alten Rada wurde der Bau von großen Häusern in Aussicht gestellt. Die Gemeinde besitzt aber kein Baugelände. Das ganze umliegende Gelände ist Eigentum der Hütte und Grube. Die Herren von der Hütte sehen ein, daß gebaut werden müsse, aber Gelände können sie nicht geben. Jetzt behauptet auch die Gemeindeverwaltung, kein Geld für Bauzwecke zu haben oder keines kriegen zu können. Auf diese Weise werden natürlich keine Häuser gebaut werden. Und doch muß einmal der Gemeindevorstand an diese Wohnungsbaufrage ernstlich herangehen, denn das Wohnungselend wächst uns bereits über den Kopf. Wenn tausende und tausende von Zloty für Umparkierung der Kirche vorhanden waren, wovon man noch nichts sieht, dann muß auch Geld zum Bau von Wohnhäusern beschafft werden können.

Zum Schluß noch eine Bitte an den Herrn Gemeindevorsteher! Am Ende der ulica Grazynskiego befindet sich ein Gasometer, welcher mitunter tagelang widerliche Gase ausströmt, welchen die Einwohner der Umgegend ausgesetzt sind. Vielleicht kann der Herr Gemeindevorsteher bei den in Frage kommenden Instanzen Abhilfe schaffen! Die dortigen Anwohner würden sehr dankbar dafür sein.

Gewerbeanmeldungen. Im Monat Februar wurden bei der Gewerbepolizei 57 verschiedene Gewerbe zur Anmeldung gebracht.

Unglücksfall. Der in der Waggonfabrik beschäftigte 33 Jahre alte Schlosser Franz Kansy, geriet bei Ausübung seiner Arbeit mit der rechten Hand in eine Blechwalze und erlitt dadurch eine äußerst starke Quetschung. Nach Anlegen eines Notverbandes wurde der Verunglückte mittels Sanitätsautos in das Knappschaftslazarett in Königshütte gebracht.

Karambolage. An der ulica Glowackiego stieß die Straßenbahn Nr. 27 mit einem Personenauto Sl. 9088 zusammen, wobei die Straßenbahn erheblich beschädigt wurde. Das Auto büßte hierbei sämtliche Scheiben ein. Menschenleben kamen nicht zu schaden.

Der rote Hahn. Im Monat Februar wurde die städtische Feuerwehr in 4 Fällen zur Hilfeleistung alarmiert nnd zwar dreimal nach dem südlichen und einmal nach dem nördlichen Stadtteil. Brandursachen waren in zwei Fällen Unvorsichtigkeit, in einem Falle Selbstentzündung, in einem Falle blinder Alarm.

Standesamtliche Statistik. Im vergangenen Monat wurden in den beiden Standesämtern registriert: Geburten 126, darunter 11 uneheliche; Ehen wurden 88 geschlossen; Sterbefälle waren 75 zu verzeichnen, darunter Kinder unter einem Jahre 14, von 30—40 Jahren 10, von 50—60 Jahren 12, über 70 Jahre 16. Todesursachen waren in 17 Fällen Herzkrankheiten, Lungenentzündung 10, Lungentuberkulose 10, Altersschwäche 7. Der natürliche Zuwachs betrug am Ende des Monats 57 Personen und zwar 39 männliche und 18 weibliche.

Vom Obdachlosenheim. Im Vormonat waren im städtischen Obdachlosenheim an der ulica Styczynskiego 19 Personen untergebracht. Nach dem Abgang und Zugang von je 2 Personen betrug die Zahl der darin verbliebenen am Monatsende 19 Personen. Die Insassen setzen sich aus 18 hiesigen und einer auswärtigen Person zusammen.

Aus dem städtischen Krankenhause. Im Monat Januar erfuhr die Frequenz im städtischen Krankenhause eine wesentliche Veränderung durch Abgang bezw. durch neuen Zugang von Kranken. Am 31. Januar verblieb ein Krankenbestand von 144 Personen. Im Laufe des Monats kamen 133 Kranke hinzu (72 Männer und 61 Frauen). Als geheilt wurden 39 Personen, zur ambulatorischen Behandlung wurden 61 Personen überwiesen oder insgesamt 115 Personen, davon 59 Männer und 56 Frauen. Gestorben sind zwei Männer und eine Frau. Am 31. Januar war ein Krankenbestand von 159 Personen zu verzeichnen, 79 Männer und 80 Frauen.

Sport vom Sonntag

1. F. C. Kattowitz — Kolejowy Kattowitz 2:1 (1:0).

Die in letzter Zeit von Kolejowy erzielten Siege waren wohl der Grund, daß der Kolejowyplatz eine ansehnliche Zuschauerzahl aufwies. Doch enttäuschten die Eisenbahner nicht nur ihre Anhänger, sondern alle Zuschauer durch ihr planloses Spiel. So ist es auch kein Wunder, daß der 1. F. C. von Anfang bis zum Ende die Initiative besessen hatte und nur dem schußunsicheren Sturm des Klubs haben es die Eisenbahner zu verdanken, daß die Niederlage nur eine so knappe ist.

Die Tore für den 1. F. C. erzielte Görlitz und für Kolejowy Nowak. Kolejowy spielte ohne den Mittelläufer Dylong, welcher die Stütze der Mannschaft ist. Sein Vertreter war körperlich viel zu schwach und darum auch kein vollwertiger Ersatz.

Amatorski Königshütte — V. f. B. Gleiwitz 7:4 (4:4).

Einen großen Erfolg errang der A. K. S., indem es ihm gelang, den Oberligavertreter Deutschoberschlesiens, V. f. B. Gleiwitz, zu schlagen. Von Anfang an sah es für Amatorski nicht günstig aus, denn die Gäste führten in der ersten Halbzeit 4:1. Doch ließen sich die Einheimischen nicht deprimieren, sondern kämpften mit einem Geist und Aufopferung und es gelingt ihnen die Initiative, welche sie bis zum Schluß behielten, an sich zu reißen. Die Tore für den Sieger erzielten Urbainski 4 u. Duda 3.

Slovian Bogutschütz — Sparta Piekar 5:1 (4:1).

Ohne besonders aus sich herausgehen zu brauchen, schlug Slovian die Gäste aus Piekar und war das ganze Spiel den Gästen überlegen.

20 Bogutschütz — Makkabi Sosnowitz 2:1 (0:1).

Auf eigenem Platz hatte 20 die Makkabi zu Gast und konnte nach hartem Kampf das Spiel verdient gewinnen.

20 Reserve — Makkabi Reserve 2:2
20 1. Jgd. — Jgd. K. S. Kattowitz 1. Jgd. 2:5.

Ruch Bismarckhütte — K. S. Domb 5:0 (4:0).

Das angekündete Spiel zwischen Ruch und Naprzod Lipine wurde von Lipine abgesagt und so verpflichtete Ruch in letzter Minute den K. S. Domb nach Bismarckhütte. Domb war für die gut disponierte Ruchmannschaft kein vollwertiger Gegner und mußte diese Niederlage hinnehmen. Zuschauer an die 800.

K. S. Chorzow — Sportfreunde Königshütte 4:1 (0:1).

Die von Sieg zu Sieg eilenden Chorzower konnten am gestrigen Sonntag wiederum einen schönen Erfolg über die harte Sportfreundeelf für sich buchen. Die erste Halbzeit gehörte den Gästen, die zweite Halbzeit dagegen war Chorzow stark überlegen und siegte verdient.

Orzel Josefsdorf — Kresy Königshütte 2:2 (0:1).

Das Spiel selbst war und für sich ausgeglichen und das Remis entspricht dem Kräfteverhältnis beider Mannschaften. Die Reserven spielten 2:0 und die 1. Jugend 1:1 gegen Ruch Bismarckhütte.

Pogon Friedenshütte — 06 Myslowitz 4:1 (1:1).

Pogon hatte einen seiner guten Tage und hat es nur diesem Umstand zu verdanken, daß es ihm gelang die guten Myslowitzer aus dem Felde zu schlagen. Der Spielverlauf war in der ersten Halbzeit ausgeglichen. Nach der Halbzeit war Pogon stark überlegen.

Stadion Königshütte — Iskra Laurahütte 1:4 (1:1)
Poniatowski Godullahütte — Wawel Neudorf 4:3 (1:3).
Concordia Knurow — 23 Czerwionka 2:2
20 Rybnik — Sokol Loslau 5:1 (3:1)
Kosciuszko Schoppinitz — 06 Res. Myslowitz 3:0
Slonsk Schwientochlowitz — K. S. Rosdzin-Schoppinitz 1:3 (1:1).

Garbarnia Krakau — Pogon Kattowitz 5:3 (2:1).

Ein schönes und auf einem hohen Spielniveau stehendes Spiel. Bei Garbarnia war Pazurek und bei Pogon Podlesny der beste Mann. Die Tore für die Garbarnia erzielte Pazurek und Jokisz je 2 und Rogowski. Für Pogon skorte Jelinek 3 Tore.

Cracovia Krakau — 06 Zalenze 4:2 (2:2)
Wisla Krakau — Korona Krakau 2:1 (2:0)
Marymont Warschau — Warszawianka 5:1 (3:0)
Iskra Warschau — Polonia Warschau 0:3 (0:0).
L. T. G. S. Lodz — Legja Warschau 2:1 (2:0)
Touristen Lodz — Hakoah Lodz 3:1
W. K. S. Lodz — L. K. S. Lodz 2:1
Preußen Zaborze — 08 Breslau 3:1
Beuthen 09 — Sportfreunde Breslau 8:1.

Norddeutschland — Berlin 2:0 (1:0).

Ein verdienter Sieg der Norddeutschen. Dem Spiel, welches in Altona stattfand, wohnten 25 000 Zuschauer bei.

Herta B. S. C. Berlin — Sparta Prag 0:4 (0:2).

*

Warta Posen, polnischer Mannschaftsmeister.

Warta schlägt den B. K. S. Kattowitz vernichtend 11:5.

Der am gestrigen Sonntag in Posen ausgetragene Entscheidungskampf zwischen obigen Vereinen um die Mannschaftsmeisterschaft im Boxen brachte der Warta einen hohen Sieg. Die Kämpfe selbst nahmen folgenden Verlauf:

Fliegengewicht: Forlanski schlägt Moczko hoch nach Punkten.

Bantamgewicht: Stepniak (W.) nud Pyka (K.) Remis.

Federgewicht: Warecki (W.) schlägt Radwanski nach Punkten.

Leichtgewicht: Wochnik (B. K. S.) kann den ersten Sieg gegen Gostynski für Kattowitz erzielen.

Weltergewicht: Arski (W.) gewinnt gegen Gawlik nach Punkten.

Mittelgewicht: Majchrzycki (W.) schlägt Wrazidlo nach Punkten.

Halbschwergewicht: Wisniewski (W.) schlägt Wieczorek nach Punkten.

Schwergewicht: Wystrach (B. K. S.) kann Baczkowski schlagen und so einen zweiten Sieg herausholen.

Myslowitz

Der Westmarkenverband sammelt auf den Gieschegruben. Im Laufe der vergangenen Woche gingen in den Werkstätten und Anlagen der Giesche-Sp.-Akt. in Nickischschacht einige Leute des Westmarkenvereins von Mann zu Mann mit einer Liste und ersuchten um eine kleine Gabe für den Westmarkenverein. Daß man von seiten der Verwaltung der Sp. eine derartige Bettelei zuläßt, muß man sich wirklich wundern. Gewöhnlich sind Sammlungen des Westmarkenvereins keine angenehme Sache. Man weiß es warum. Der oberschlesische Arbeiter hat für Polen ohne der Hilfe des Westmarkenvereins gekämpft. Er wird auch weiterhin ohne ihn fertig werden. —h.

Gefaßte Eisendiebe. In der letzten Zeit mehrten sich insbesondere bei der Eisenbahn die Diebstähle. Der Myslowitzer Polizei gelang es gestern, zwei Diebe festzunehmen, die beide aus Myslowitz stammen und es hauptsächlich auf Eisendiebstähle abgesehen haben. Die Diebe wurden in das Myslowitzer Polizeigefängnis eingeliefert. Das bei ihnen vorgefundene, von Diebstählen stammende Eisen, ist der Eisenbahnverwaltung zurückerstattet worden.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Entgegennahme von Verkehrskartenanträgen. Es wird bekannt gemacht, daß die Erneuerung der Verkehrskarten beim Amtsvorstand in Morgenroth, wie folgt, zu erfolgen hat: Bis zum 19. März mit den Anfangsbuchstaben A—B, vom 20. bis 26. März C—D, vom 27.—29. März E—F, vom 31. März bis zum 9. April G, vom 10.—16. April H—J, am 17. April K, vom 19.—24. Mai L, vom 26. Mai bis zum 7. Juni M—N, vom 10. bis zum 28. Juni O—P, vom 30. Juni bis zum 5. Juli R, vom 7. bis zum 26. Juli T, V, Z, vom 28. Juli bis zum 2. August W. Jedem Antrag müssen drei Photographien in Paßformat beigelegt werden. Der Umtausch der alten, bezw. Ausgabe der neuen Verkehrskarten, findet im Katholischen Vereinshause in Morgenroth, in der Zeit von 8—13 Uhr, statt. Die Einwohner werden ersucht, sich genau an die vorgeschriebenen Termine zu halten, um eine reibungsvolle Abwicklung zu ermöglichen.

Pleß und Umgebung

Gewalttätiger Taschendieb erschossen. Ein blutiger Vorfall ereignete sich in Pleß, welchem der 23 jährige Johann Lalika zum Opfer fiel. Der Sachverhalt ist folgender: In der Gastwirtschaft Grünpeter stahl Lalika einer Frauensperson einen kleineren Geldbetrag und versuchte zu flüchten. Als die Testohlene den Dieb zur Herausgabe des Geldes aufforderte, versetzte derselbe der Frau eine Ohrfeige. Ein Schutzmann eilte hinzu, welcher den Täter arretieren wollte. Beim Abtransport zur Wache leistetete der Taschendieb Widerstand und stürzte sich auf den Beamten, um ihn zu entwaffnen. Der Polizist machte von seinem Säbel Gebrauch. Der Widerspenstige zog ein Messer aus der Tasche und versetzte dem Wachhabenden vier Stiche in den Kopf und die linke Hand.

Als der Getroffene besinnungslos zusammenbrach, ergriff der Messerheld die Stichwaffe nud verschwand. Der Flüchtling konnte jedoch von dem Beamten, welcher inzwischen das Bewußtsein wiedererlangt hatte, eingeholt werden. Der Beamte sah sich erneut genötigt, von seiner Waffe Gebrauch zu machen und streckte den Täter durch einen Schuß nieder. Der Verletzte wurde in das Johanniterkrankenhaus geschafft, wo er in kurzer Zeit verstarb. Auch der Polizeibeamte mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Ober-Lazisk. (Wohnungsbrand.) Infolge Kurzschluß brach in der Wohnung des Edmund Grzywocz in Ober-Lazisk Feuer aus, durch welches ein Radioapparat, eine Gardine und drei Anzüge abbrannten. Das Feuer konnte von der alarmierten Wehr in kurzer Zeit gelöscht werden. Der Brandschaden beträgt etwa 2000 Zloty. I.

Doktor Hella Welling auf der Anklagebank

Roman von P. Wild.

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale).

1)

Personen:

Wend, Freiherr von Malward.
Hanny, seine Frau, geborene Lisenius.
Prinzessin Awad Hera Chutteryee (Marion Sulvace).
Doktor Lumtowsky, Arzt, Russe.
Doktor Hella Welling, Chemikerin.
Der Untersuchungsrichter.
Sartnya Udiana, indische Tänzerin.
Mister Blackfield, Graphologe.
Mister Boothwell-Palmbroke, Detektiv.

Draußen auf den Feldern standen zwischen mahlreifem, goldgelbem Getreide blutrot flammender Mohn, hartblaue Kornblumen, das Geleucht hundertfältiger Blumenpracht im Licht erlöschender Abendsonne.

Dieselbe Purpurkuppel wölbte sich über die grauen Mauern der großen Stadt. Ihr letzter Glanz spiegelte sich im Kontrast gleitender Schatten im kühl-nüchternen Strebewerk des alten Gerichtssaals mit seiner unruhig bewegten Ornamentik.

Eine lastende Stille lag über dem Raume.

Ernst und schwer forschte tastendes Suchen mahnender Gerechtigkeit in das Dunkel einer Menschenseele, entkleidete sie mitleidlos ihrer Verhüllung, suchte, suchte . . .

In gedrängter Fülle harrte ein elegantes Publikum in letzter Erwartung kaum tragbarer Spannung auf das Urteil. In den Augen lüsterner Sensation oder gemeine Neugier, die mit kaum unterdrückbarem Behagen das Dunkel einer verbrecherischen Seele verfolgten, die hier bloß lag.

Neugier durchbrach die Schranke gesellschaftlicher Abgeschlossenheit, verwischte die Ungleichheti der Zuschauer. Jeder wurde zum Teil einer Masse, die einem Gedanken nachgierte, einem Ziel zustrebte, der letzten Handlung eines Dramas, das sich vor ihnen vollendete.

Totenbleich, mit starren Zügen, das Einglas im Auge, in entschlossener Haltung, lehnte der Angeklagte in gepflegter Eleganz, mit geflissentlich zur Schau getragenem Gleichmut, ein wenig vornübergeneigt, in der Anklagebank. Die gelbliche Gesichtsfarbe spielte ins Grünliche, die unruhig flackernden Augen waren tief umschattet, die schlanken Hände mit dem breiten Goldring am Mittelfinger, dessen auffallender, viereckig geschliffener Smaragd funkelnd blitzte, hämmerten in nervöser Bewegung rastlos auf der hölzernen Schranke vor ihm.

In seinem Gesicht lag betonter Hochmut, unsympathisch wirkende Abwehr. Vielleicht war die Maske störend und täuschend, und hinter ihr verbarg sich das furchtbare Toben inneren Vulkans. Angst vor der kommenden Entscheidung, die ihm Schicksal werden würde über Leben und Tod, über Recht und Unrecht.

Die Geschworenen waren zurückgekehrt.

Das Gericht hatte sich erhoben, mit ihm die Menschenmasse im Saal. Eine beklemmende Stille erschütterte, aus dem Unbewußten heraus, den Saal. Gespensterhaft streifte ein letzter Strahl der untergehenden Sonne sekundenlang in blutrotem Glanz das fahle Gesicht des Angeklagten.

Worte klangen in den Raum. Mit unbewegter Stimme verlas der Vorsitzende das Urteil.

Hoch aufgerichtet stand der Angeklagte da. Eine Erregung überkam ihn, daß er nichts hörte als den Klang von Worten, deren Sinn ihm verborgen blieb. Sein Hirn war zermürbt, seine Gedanken huschten vergebens hinter dem Sinn der Worte her. Das eigene Denken war ihm im Ansturm fremder Gedanken, die in aufwühlenden Fragen monatelang sein Inneres durchforscht hatten, verloren gegangen.

Wo Erinnerung aufflackerte, wurde sie Echo eines Geschehens, das ihn erschreckte.

Nicht denken! Aufrecht bleiben! Haltung!

Mit letzter Kraft hielt er unbewegt dem Kreuzfeuer anstürmender Neugier in Blicken und Gedanken stand. Fester legte sich die Kette des Gewesenen um ihn, umschnürte seine Gedanken, enger, immer enger, drückte auf sein Hirn, benahm ihm den Atem.

Mit einem Seitenblick streifte er das Publikum, das ihn wie eine Fratze sich verzehrender Sensationslust angrinste, mitleidlos, unpersönlich.

Ein Zittern ging durch seinen Körper.

Noch immer sprach die Stimme; langsam wurden diese Worte ihm bewußt.

„. . . der des Mordes an seiner Ehefrau angeklagte Freiherr Wend von Malward wird wegen mangelnder Beweise freigesprochen . . .“

Alles andere ging im Brausen und Sausen lautgewordenen Beifalls unter.

Ein Schrei durchbrach die Stille. Aus der Zeugenbank stürzte eine Frau zu ihm heran. Sie trug eine extravakante Toilette, hatte einen fremdländischen Gesichtstypus.

Mit einem Jubelruf riß sie die Rose von ihrem Jackett, warf sie dem Freigesprochenen zu. In ihren großen, dunklen Augen leuchteten sinnbetörendes Feuer, Liebe, Leidenschaft, Triumph auf.

Prinzessin Awad Hera Chutteryee, die schöne Inderin, von der man sagte, daß sie die Braut Malwards sei.

Fast gleichzeitig erhob sich eine andere Frau. Eine weiße, gepflegte Frauenhand streckte sich dem Freigesprochenen entgegen.

Ehe sie sprechen konnte, sprang ein dunkelbärtiger Herr mit einer Brille hinzu, drückte die Frau mit sanfter Gewalt nieder. Seine Augen hafteten fest auf ihrem Gesicht, redeten mit den ihren in einer Güte, die etwas Befehlendes hatte, vor deren Willen sich die andere duckte.

Doktor Lumtowsky flüsterte Hella Welling ein paar beruhigende Worte zu; seine Stimme war von getragener Schönheit, als schwinge eine Glocke in ihren Tiefen.

Die Klingel des Präsidenten ermahnte zur Ruhe. Man horchte auf. War die Sitzung noch nicht zu Ende? Gab es etwas Neues, Ungewöhnliches? Bei der Drohung etwaiger Saalräumung wurde es totenstill. Lärm und Menge erstarrten. Wieder gliederte sich Wort an Wort, unheimlich in ihrer Bedeutsamkeit.

„Auf Antrag der Staatsanwaltschaft erkläre ich hiermit die Zeugin, Fräulein Doktor Hella Welling, wegen dringenden Mordverdachts, begangen an ihrer Freundin, der Baronin von Malward, für verhaftet. Auf Beschluß des Gerichts wird die Verhaftete sofort dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.“

Da gellte ein zweiter Schrei auf, hervorgestoßen in der Not untragbaren Entsetzens, irr, markerschütternd — dann sank die Angeklagte zusammen.

Man schaffte die Besinnungslose aus dem Saal. Doktor Lumtowsky begleitete sie.

(Fortsetzung folgt.)

Von der Ueberschwemmungskatastrophe in Südfrankreich

wo infolge des plötzlichen Anschwellens der Pyrenäenflüsse blühende Geländestriche in Wasserwüsten verwandelt wurden, Städte und Dörfer in Trümmer sanken und Hunderte von Menschen in den reißenden Fluten oder in ihren einstürzenden Häusern den Tod fanden.



Eine Wüste, wo früher fruchtbares Land war
Die Ueberschwemmung in der Nähe von Moissac, wo die meisten Verluste an Menschenleben eintraten.



Wie nach einem Erdbeben
Ein Bild des Grauens aus Montauban.



So sieht es jetzt in Montauban aus
wo allein 300 Todesopfer zu beklagen sind.

„Todesstrahlen" auch in Deutschland

Fernzündung von Explosivstoffen und ihre Auswirkung auf das Militärwesen

Einem Berliner Erfinder soll es gelungen sein, die sogenannten „Todesstrahlen" zu finden, die auf weite Entfernungen mit absoluter Sicherheit Brennstoffe aller Art zur Explosion bringen und elektrische Apparate wie Zündmaschinen, Elektrizitätswerke usw. außer Betrieb setzen sollen. Die nachfolgenden Aeußerungen autoritativer Stellen, die wir wegen ihrer Meinung über dieses Thema befragt haben, zeigen, daß die Meldung den Tatsachen doch etwas vorausgeeilt ist, daß aber die Erfindung der Todesstrahlen von den interessierten Kreisen allen Ernstes schon für die nächste Zeit erwartet wird.

Es ist nicht ganz einfach, ernsthafte Männer zu einer Aeußerung über die sogenannten „Todesstrahlen", die mit absoluter Regelmäßigkeit alle vier Wochen „erfunden" werden (und später sich immer als Bluff oder kindliche Phantasterei entpuppen) zu bewegen. Die Anschauung über „Todesstrahlen" und „Mondrakete" haben verzweifelte Aehnlichkeit, aber obwohl weiteste Kreise heute noch über sie lachen, hält die Wissenschaft sie doch für durchaus im Bereich des Möglichen liegend. So daß also die phantastischen Zukunftsbilder, die Romanschriftsteller und Filmregisseure heute schon entwerfen, doch nicht so ganz unberechtigt sind...

Die Sache hat aber vorläufig doch noch ein „Aber". Die Wirtschaft, die zur Finanzierung derartiger Experimente dringend notwendig ist, hat gar kein Interesse dafür. Im Gegenteil! Sie hat ein Interesse daran, daß die „Todesstrahlen" nicht erfunden werden! Im Falle eines Krieges nämlich würde dasjenige Land, das solche Patente nicht besitzt, mit einem Schlage erledigt sein. Seine Industrie würde stilliegen müssen, die Bahnen würden zum größten Teil nicht fahren können, der Strom der Munitionsfabriken würde ausbleiben, die Flugzeuge der Armee könnten ebenso wie die Kraftfahrkolonnen nicht starten und die Munitionsdepots würden in die Luft fliegen. Die Armee also, die nicht selbst die Todesstrahlen anwenden kann oder wenigstens einen nachhaltigen Schutz gegen sie besitzt, wäre völlig waffenlos und würde dem Feind auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert sein. Und was das bedeutet, kennt Deutschland aus eigener Erfahrung aus den Jahren 1918 und 1919 ja zur Genüge!

Wie das Ausland, beziehungsweise die ausländischen Armeen über die „Todesstrahlen" denken, wissen wir nicht. Wir wissen nur, daß der Erfinder, der der amerikanischen Heeresleitung im vergangenen Herbst eine solche Erfindung anbot, nach Vorführung seiner Apparate mit Begeisterung hinausgeworfen wurde. Ferner wissen wir, daß die englische Armee im vorigen Jahr etwa 100 000 Pfund für ähnliche Experimente ausgeworfen hatte, daß aber keinerlei befriedigende Ergebnisse erzielt wurden, so daß Admiralität und Armeeoberkommando die Taschen wieder zuknöpften, die Herren Erfinder auf dem Trockenen saßen und sich sehr schnell produktiveren Aufgaben zuwandten.

Bei uns in Deutschland hat man sich mit der ganzen Frage auch bereits schon verschiedentlich befaßt, hat auf diesem Gebiet aber aus Geldmangel nur wenig leisten können.

Die Meinung eines bekannten Erfinders,

Walter E. Brand, den wir über seine Ansicht zu diesem Thema gebeten haben, geht dahin, daß er glaubt, alle bisher gezeigten Apparate zur Versendung und Dirigierung von „Todesstrahlen" seien mehr oder weniger Bluff. „Ich selbst habe mich auf diesem Gebiet bisher noch nicht betätigt, sondern habe nur der Vorführung solcher Apparate beigewohnt. Ich entsinne mich nur eines einzigen Falles, in dem eine Fernentzündung von Explosivstoffen auf eine Entfernung von etwa vier Metern glückte, wobei es dem Erfinder aber nicht gelang, die elektrischen Strahlen wirklich zuverlässig zu dirigieren. Anderthalb Meter auseinander liegende Pulverhäufchen explodierten gleichzeitig, obwohl der Vorführer immer wieder behauptete, daß es ihm möglich sei, nur ein bestimmtes Häufchen zur Explosion zu bringen. Bekannt ist mir ferner ein Ingenieur aus Stuttgart, der mich mehrmals aufgefordert hat, an seiner Erfindung zur Erzeugung von sogenannten „Todesstrahlen" mitzuarbeiten. Da ich aber keine Möglichkeit sehe, die „Todesstrahlen" anders als auf militärischem Gebiet auszuwerten, habe ich bisher die Finger davongelassen und habe es auch abgelehnt, für eine ausländische Regierung eine ähnliche Erfindung auf ihre Brauchbarkeit zu untersuchen."

Der Wissenschaftler

Dr.-Ing. Erich von Ehlking äußerte sich über die Zukunft der „Todesstrahlen" etwa folgendermaßen: „Schon im Weltkriege wurden den verschiedenen feindlichen Mächten Apparate angeboten, durch die es möglich sein sollte, die Motoren von Flugzeugen oder Kraftwagen zum Stillstand zu bringen. Der deutschen Heeresleitung wurde zum Beispiel eine sehr komplizierte Maschinerie von einem Franzosen vorgeführt, ohne daß es jedoch zu einem Abschluß kam, da die Ergebnisse alles andere als befriedigend waren. Während des Ruhrkampfes wurden der deutschen Reichsregierung ebenfalls Erfindungen zum Kauf angeboten, die Zeitungsmeldungen zufolge allergrößtes Aufsehen erregt haben sollen, in Wirklichkeit aber nichts als Humbug waren. Alle mir bisher bekannten Fälle, in denen Erfinder behaupteten, wirklich brauchbare „Todesstrahlen" versenden zu können, erwiesen sich bei eingehender Prüfung entweder als Taschenspielerkunststückchen oder als glatter Betrug, dem ein wissenschaftlich scheinendes Mäntelchen umgehängt wurde. Trotz aller Mißerfolge selbst namhafter Ingenieure und Erfinder glaube ich aber, daß die Zeit doch kommen wird, in der wir ernsthaft mit der Verwendbarkeit von „Todesstrahlen" werden rechnen müssen. Sind heute noch von allen Experimenten 99 Prozent Humbug, so werden es in zwei Jahren vielleicht nur noch 60 Prozent und in zehn Jahren nur noch 30 Prozent sein. Man darf nicht vergessen, daß die Wissenschaft sich sehr ernsthaft mit dem Problem beschäftigt, wie es möglich zu machen ist, elektrischen Strom auf drahtlosem Wege zu versenden, ohne daß er unterwegs Unheil anrichtet, sondern in voller Stärke an dem gewünschten Ziel ankommt und nutzbar gemacht werden kann. Ist diese Aufgabe erst gelöst und kann Elektrizität ohne Frei- oder Kabelleitungen drahtlos „verschickt" werden, so dürfte es bis zu den „Todesstrahlen" nur noch ein Schritt sein! Für die Wirtschaft allerdings werden sie kaum einen Fortschritt bedeuten, dafür aber um so mehr für die Militärtechnik. Hier eröffnen sich geradezu ungeheuerliche Aussichten. Es wird möglich sein, die gefüllten Patronentaschen, die jeder Soldat bei sich trägt, explodieren zu lassen, die Patronen in den Maschinengewehrkästen oder die Geschosse in den Munitionswagen der Artillerie werden auf weite Entfernung vernichtet werden können und dabei ungeheures Unheil in oder hinter der Front des Gegners anrichten. Der Staat, der über Stationen zur Versendung von Todesstrahlen verfügt, wird den anderen weit überlegen sein, wenn der Gegner nicht bald nach der Erfindung schon ein wirksames Gegenmittel anwenden kann. Und da jeder Fortschritt der Kriegstechnik einen Fortschritt in der Abwehrtechnik zwangsläufig zur Folge hat, besteht immerhin die Möglichkeit, daß die Wirkung der Todesstrahlen entweder ganz illusorisch gemacht oder wenigstens erheblich eingeschränkt wird."

Das Reichswehrministerium

erklärt offiziell, daß es sich grundsätzlich um Erfindung oder Nichterfindung der Todesstrahlen nicht kümmert, da eine solche Waffe unter die im Versailler Vertrag festgelegten Verbote fallen würde. Wir erfahren aber aus sehr gut unterrichteter Quelle, daß in den letzten Monaten des vegangenen Jahres der deutschen Heeresleitung verschiedentlich Apparate zur Versendung elektrischer Energien angeboten worden sind. Weiter erfahren wir, daß das Reichswehrministerium die Prüfung solcher Apparate ein für allemal den nachgeordneten Dienststellen verboten hat, nicht, weil wir uns mit diesen Dingen nicht beschäftigen dürfen, sondern weil man in der Bendlerstraße die Erfahrung gemacht hat, daß unter den zahllosen Angeboten doch nichts Brauchbares sei. Außerdem würde der Ankauf eines solchen Patentes wahrscheinlich so ungeheure Mittel erfordern, wie sie das deutsche Reich nicht aufbringen kann. Man hat aber die Versuche der englischen Armee mit Todesstrahlen sehr aufmerksam beobachtet und freut sich, feststellen zu können, daß nach der Ausgabe von zwei Millionen Reichsmark auch England sich so kostspielige Experimente nicht mehr leisten zu können glaubt. In militärischen Kreisen steht man aber ebenfalls auf dem Standpunkt, daß drahtlos gesandte und gesteuerte Elektrizität in wenigen Jahren schon mit zu den notwendigsten Waffen eines modern ausgerüsteten Heeres gehören wird und daß es heute eine der wichtigsten Aufgaben eines Armeekommandos ist, sich um wirksame Abwehrmaßnahmen zu bekümmern. Wher.

Das Bankkonto der Schwäne

In dem abnormen Winter des vorigen Jahres hatten auch die Tiere schwer zu leiden. Viele starben dahin, anderen gelang es, einen Ausweg in der Not zu finden. Damals landeten gegen 1500 Schwäne auf dem Oeresund. Gewöhnlich verhindert der Golfstrom ein Einfrieren dieser Wasserstraße. Aber in besonders strengen Wintern reicht seine Kraft hier nicht mehr aus. So auch in dem Spätwinter 1929. Die Schwäne saßen vor Landskrona auf dem Eis und drohten elend zu verhungern. Da begann ein tierfreundlicher Großkaufmann sie zu füttern; doch bald zeigte es sich, daß die Magen von 1500 Schwänen mehr zu fassen vermögen als auch die Tasche eines Großkaufmannes zu bieten hat. Man suchte also auf andere Weise Mittel zu gewinnen. In jedem Kino wurde zu Beginn der Vorstellung ein kurzer Film aus Landskrona gezeigt. Draußen vor der alten Festung erblickte man auf dem Eis Schwäne und daneben Scharen von Neugierigen, die aus der Umgebung dahinpilgerten, um das Wunder zu schauen. Der Film erregte natürlich Beifall, und nun erschien der Kinowart mit einem Klingelbeutel, der die Aufschrift trug: „Für die Schwäne". Da regnete es in jedem Kino 10-Oerestücke in den Klingelbeutel. Auch sonst strömte genug Geld ein. Mittlerweile war es wärmer geworden: die meisten der Schwäne hatten Landskrona verlassen; die Bewohner eines weltfernen Ortes in Finnland hatten nach Landskrona ein Dankschreiben für die Pflege auch ihrer Schwäne gerichtet. Etwa 300 von den Tieren erfreuten auch weiterhin noch wochenlang die Gönner von Landskrona mit ihrer Gegenwart. Schließlich waren auch sie verschwunden. Nun war aber von den Sammlungen noch ein Rest vorhanden, und die unbekannten Spender hatten dieses Geld ausdrücklich für die Schwäne bestimmt. Man glaubte dafür im heurigen Winter Verwendung zu finden. Doch keine Schwäne zeigten sich bisher. Damit nun aber, wenn die Schwäne je wieder auftauchen sollten, die Stadt Landskrona zum Empfang gerüstet sei, errichtete man daselbst ein Bankkonto „Für die Schwäne".

Technik im Dienst der Fischerei

Die Elektrotechnik hat eine neue Methode ersonnen, um die Schwimmfreiheit der Fische zu kontrollieren und zu beschränken. Nur zu oft geraten ja die Fische bei ihren Wanderzügen in Gewässer, wo sie den Tod finden, sei es, daß sie Mangel an geeigneter Nahrung haben oder in Gewässer kommen, die ihnen keine geeigneten Lebensbedingungen bieten. Ebenso oft geschieht es, daß sie in Bewässerungskanäle, Mühlbäche, Abflußkanäle von Fabriken und an andere Stellen angetrieben werden, was oft ihren Tod bedeutet. Um diesen Gefahren vorzubeugen, ist ein amerikanischer Universitätsprofessor auf den Gedanken gekommen, diese Gefahrzonen durch elektrische Sperrketten zu schließen, die den Fischen ein Eindringen unmöglich machen. Die zu diesem Zweck bei dem amerikanischen Fischereiinstitut gemachten Versuche haben die besten Erfolge gehabt. Es handelt sich darum, in Teichen und Flüssen ein Hindernis in Gestalt einer elektrischen Stromleitung anzubringen, das den Zugang zu den infizierten Gewässern sperrt. Die ersten Versuche wurden in einem Aquarium gemacht, in dem die Fische durch zwei Reihen von Metallplatten geleitet wurden, durch die ein elektrischer Strom von wachsender Spannung läuft. Man fand dabei die Höchstspannung, der ein Fisch Widerstand zu leisten vermag. Dabei wurden überdies zwei bemerkenswerte Feststellungen gemacht. Man beobachtete einmal, daß, je größer ein Fisch ist, desto geringer sein Widerstand gegen den Strom ist, und ferner, daß die zuerst vom elektrischen Schlage getroffenen Fische die letzten waren, die wieder zum Normalzustand zurückkehrten.

Freigewerkschaftliche Rundschau

10 Jahre J. G. B. und J. A. A.

In das Jahr 1919 fällt die Wiederaufrichtung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (J. G. B.). Im Jahre 1919 wurde auch die Errichtung des Internationalen Arbeitsamtes (J. A. A.) beschlossen und damit eine alte Forderung der Gewerkschaftsbewegung erfüllt. 10 Jahre J. G. B. und 10 Jahre J. A. A.: ein Jahrzehnt Kampf und Zusammenarbeit! Viele gestrenge Kritiker in den Reihen der Arbeiterbewegung sehen vielleicht in der letzteren Feststellung einen unüberbrückbaren Widerspruch. Sie sagen: Wo Zusammenarbeit mit dem J. A. A. ist, kann kein Kampf sein! Kampf schließt Zusammenarbeit mit dem J. A. A. aus! Die ungnädigen Kritiker im Unternehmerlager hingegen rufen aus: Das J. A. A. ist mit Haut und Haar dem J. G. B. ausgeliefert!

Darauf läßt sich erwidern, daß zwischen dem Tageskampf der Gewerkschaften und der Arbeit im J. A. A. nur ein mittelbarer Zusammenhang besteht. Außerhalb Genfs wird der Kampf um die Dinge selber ausgetragen: um 8-Stundentag, Arbeiterschutz, Sozialgesetzgebung. In Genf werden diese Dinge festgelegt. Sowohl die Erringung eines Rechtes als auch seine Festlegung erfordern Kämpfe: an verschiedenen Orten und verschiedener Art. National: innerhalb und außerhalb des Parlaments. International: innerhalb und außerhalb des J. A. A. — Kein vernünftiger Mensch wird vorschlagen, national das Parlament abzuschaffen, weil es als demokratische Institution nicht alle Wünsche reif werden läßt. Auch niemand kann dann aber aus ähnlichen Gründen verlangen, daß die Arbeiterklasse außerhalb des internationalen Parlaments der Arbeit, d. h. außerhalb des J. A. A., steht. Wie die Arbeiterschaft national neben anderen Gruppen und Parteien im Parlament und manchmal in der Regierung vertreten ist, so kann sie auch international vertreten sein, handle es sich nun um die Internationale Arbeitskonferenz oder die leitenden Instanzen des J. A. A. — Was Friedrich Adler, der Sekretär der Sozialistischen Internationale, kürzlich in so vortrefflicher Weise über die Stellungnahme der Arbeiterklasse gegenüber Koalitionsregierungen gesagt hat, gilt auch international für die Zusammenarbeit innerhalb des Internationalen Arbeitsamtes: „Wer Koalitionsregierungen — d. h. in unserem Falle die Mitarbeit im J. A. A. — überhaupt prinzipiell ausschließt, ist entweder ein Bolschewik, der auf den Ruin des Parlamentarismus und der Demokratie hofft, oder ein Utopist, der seinen Wunsch nach einem gradlinigen Aufstieg des Proletariats an die Stelle der Wirklichkeit setzt, also gegenüber den realen Kampfbedingungen, in die die Arbeiterklasse gestellt sein kann, reine Vogelstraußpolitik betreibt".

Nun kann man allerdings sagen, daß das Kräfteverhältnis im J. A. A für die Arbeiterschaft besonders ungünstig sei: auf einen Arbeitervertreter entfallen 2 Regierungsvertreter und 1 Unternehmervertreter. Ferner: Innerhalb der Arbeitergruppe gibt es neben den Vertretern von Organisationen der Amsterdamer Richtung noch Christliche, Faschisten usw. (Letztere entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages).

Diese Argumente werden durch die Tatsache entkräftet, daß es die Arbeiterklasse vermittels des Stimmzettels national jederzeit in Händen hat, Regierungen zu wählen, deren Vertreter in Genf das Kräfteverhältnis sofort zugunsten der Arbeiterklasse verschieben können. Zweitens steht fest, daß der J. G. B. trotz des Vorhandenseins anderer Strömungen innerhalb der Arbeitergruppe in dieser schon jetzt die unumschränkte Führung hat, also international mindestens so gut abschneidet, wie die Arbeitervertretungen in nationalen Parlamenten.

Ohne Zweifel entstehen — ganz wie in nationalen Parlamenten — manchmal zwischen den einzelnen Gruppen Reibungen: manchmal wird der Kampf aussichtslos, weil die Regierungen, die das Zünglein an der Wage sind, ganz ins Lager der Unternehmer abschwenken oder — auch dies kommt vor! — in der Arbeitergruppe das einheitliche Vorgehen behindert wird. Immer aber ist ein freies Spiel der Kräfte, mit vielen Möglichkeiten des Erfolges und tragbarer Kompromisse. Und immer hat die Arbeiterschaft die Möglichkeit, ja die Pflicht, durch bessere Organisation und Kraftentfaltung außerhalb Genfs dafür zu sorgen, daß in Genf international nachgeholt wird, was unterdessen national durch das direkte Auftreten der Arbeiterklasse errungen worden ist.

Endlich ist die internationale Arbeiterschaft Genf allzeit zu großem Dank verpflichtet, weil Genf all die Jahre hindurch bestrebt war, in vorurteilsloser und gründlicher Weise Dokumentationsmaterial bereitzustellen, das zu einem großen Teil der Arbeiterklasse als geistiges Rüstzeug dienen konnte und dies eigentlich noch mehr tun sollte, als es bisher der Fall war. —

Auch von seiten des J. A. A. äußert sich eine Stimme über das erste Jahrzehnt der Zusammenarbeit mit dem J. G. B. Der Direktor des J. A. A., Albert Thomas, hat in den „Sozialistischen Monatsheften" (Februar 1930) in einer längeren Abhandlung eingehend die Frage des Verhältnisses zwischen J. G. B. und J. A. A. durchleuchtet. Gen. Thomas hat dabei vieles gesagt, was jeder Gewerkschaftler und vielleicht sogar jeder Führer hören soll, der die Möglichkeit oder Aussicht hat, als Delegierter nach Genf zu kommen. Deshalb sollen nachstehend einige der wichtigsten Stellen der Ausführungen von Thomas wörtlich wiedergegeben werden.

Thomas erinnert u. a. an das ungleiche Kräfteverhältnis in der Vertretung sowie daran, daß der J. G. B. ursprünglich im J. A. A. die Ausschließlichkeit der Vertretung der Arbeiterinteressen forderte, sich später jedoch damit begnügen mußte, daß die Regierungen laut Friedensvertrag lediglich verpflichtet sind, als Arbeitervertreter zu internationalen Arbeitskonferenzen, die von den maßgebenden Berufsverbänden ernannten Delegierten zu entsenden. Der Direktor des J. A. A. sagt in diesem Zusammenhang: „Trotzdem leitet der J. G. B. die Arbeitergruppe und bestimmt ihre Politik. Die Mehrheit der Arbeitervertreter kommt aus den Reihen der dem J. G. B. angeschlossenen Gewerkschaften. Die Arbeitervertreter aus den fernen Ländern, die grundsätzlich und in den einzelnen Forderungen mit der Amsterdamer Internationale übereinstimmen, folgen stets (abgesehen von vereinzelten Fällen, in denen es sich um die Frage der Vertretung, genauer gesagt: um den den überseeischen Ländern einzuräumenden Anteil an ihr handelt) den vom J. G. B. ausgegebenen Parolen".

Wir schließen mit einigen Stellen des Artikels von Thomas, die direkt auf den J. G. B. und seine Wirksamkeit in Genf Bezug haben:

„Die Arbeiterinteressen werden in dem aus dem Geist der Arbeiterbewegung geschaffenen J. A. A. keineswegs anderen Interessen geopfert. Der J. G. B. hat die Arbeiterklasse an die Kapitalisten nicht verraten und sie ihnen nicht ausgeliefert. In voller Unabhängigkeit, und ohne sich mit der ganzen Verantwortung für das J. A. A. zu beladen, verteidigt er Tag für Tag die Sache der Lohnarbeiter. Andererseits sei auch festgestellt, daß das J. A. A. einer willkürlichen und unumschränkten Beherrschung durch andere Organisationen oder durch irgendeine Doktrin nicht unterworfen wurde. Der J. G. B. genießt keine Vorrechte. Er übt, übrigens nicht ohne Klugheit, seinen bedeutenden Einfluß lediglich in den durch die Verfassung und durch die Geschäftsordnung dem J. A. A. gezogenen Grenzen aus, die zu überschreiten er niemals getrachtet hat" . . . „Vom rein verfassungsrechtlichen Standpunkt aus betrachtet, kommt dem J. G. B. innerhalb dem J. A. A. keine besondere Rechtsstellung zu. In ihm sind nur Staaten vertreten, und im Rahmen der staatlichen Delegation erscheinen auch Vertreter einer oder mehrerer Arbeiterorganisationen. Der J. G. B. aber bereitet die Arbeiten des J. A. A. vor, indem er die Bestrebungen der einzelnen Gewerkschaftsverbände gleichsam in eine Linie bringt, gemeinsame Grundsätze aufstellt und eine gemeinsame Politik vorzeichnet. Seine Tätigkeit wirkt gleichsam wie ein Sieb, durch dessen Maschen von den Wünschen der nationalen Verbände nur das international Verwertbare hindurchgelangt. Ohne den J. G. B. bestünde die Gefahr, daß die nationalen Arbeiterverbände leitenden Ideen sich mehr oder weniger den nationalen Bedürfnissen unterordnen würden. Man kann nicht leugnen, daß der nationale Gedanke innerhalb der Arbeigebergruppe auf der Konferenz und im Verwaltungsrat, vielleicht gerade wegen des Fehlers einer entsprechend starken Organisation, stärker zu sein scheint. Es darf auch nicht übersehen werden, daß der J. G. B. oder, genauer gesagt, die ihm angeschlossenen Gewerkschaftsverbände, an der Gründung des J. A. A. mitgewirkt haben. Es sind ihre Forderungen und ihre Grundsätze, die in den Teil 13 des Friedensvertrages aufgenommen wurden, wobei ihnen allerdings eine so allgemeine Form und eine so weitherzige Auslegung gegeben wurde, daß man in ihnen die besondere Ideologie einer bestimmten gewerkschaftlichen Bewegung gar nicht wiedererkennen kann" . . . „Die Vormachtstellung des J. G. B., über die man sich manchmal beklagt, ruft von Jahr zu Jahr weniger Widerspruch hervor und wird williger anerkannt. Auf diese Weise wird er langsam in der Konferenz und im Verwaltungsrat zum Mittelpunkt, um den sich die verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung freiwillig scharen. Wenn morgen das unvermeidliche Problem der Einheit der Arbeiterklasse der ganzen Welt seine Lösung verlangen, wenn die Frage der Beziehungen zwischen der europäischen und der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung auf der Tagesordnung stehen wird, dann wird auch die Stellung des J. G. B. im geschichtlichen Prozeß der Vereinigung der Arbeiterklasse um so stärker gefestigt sein, je länger er die Politik handhaben wird, die er nunmehr seit mehreren Jahren befolgt".

Die Generalna Federacja und wir

Als Klassenkampfgewerkschaften haben wir gleich, als die Generalna Federacja das Licht der Welt erblickte, vorausgesagt, daß ihr Leben nur von kurzer Dauer sein kann. Wir haben besonders darauf hingewiesen, daß es keinen Auweg im Wirtschaftsleben geben kann, daß wir nur das offene Bekenntnis, sich den Klassenkampfgewerkschaften anzuschließen, als einen Ausweg gegenüber dem so unbarmherzigen Kapitalismus betrachten. Die Generalna Federacja Pracy, die eine andere Linie ihrer Gewerkschaftstätigkeit vorskizziert hat, das ist die Linie der **Verstaatlichung** der Arbeiter und damit Schaffung eines Ausgleiches zwischen den zwei Polen. Eine solche Gewerkschaft muß in eine gewisse Sackgasse geraten und ihrer Existenz von selbst sich berauben.

Durch Zufall kommt uns ein Auszug ihrer Kassaverhältnisse in die Hand. Demnach unterhält die Generalna Federacja Pracy oder vielmehr hat sie unterhalten, nicht weniger als 10 Sekretäre, von denen ein Teil niemals dem Arbeiterstande angehört haben, ein anderer Teil hat eigene Geschäfte getätigt und wieder ein anderer Teil hat eigene Geschäfte getätigt und wieder ein anderer Teil wäre **neben** ihrem Arbeitsverhältnis in der Organisation beschäftigt. Die Bezüge dieser Herren beliefen sich bei den Professoren bis 1000 Zloty, wiederum ein anderer Teil hat neben seinen besonderen Einnahmen, ein Angestelltengehalt des Verbandes bezogen, was zusammen 750 bis 920 Zloty ausmachte, und nur ganz wenige, der Sekretär für die Schneider, der Sekretär für das Bielitzer Gebiet, die bekamen die bescheidene Einnahme von ca. 300 bis 400 Zloty. Insgesamt wurden jedoch bei dieser Organisation monatlich 4600 Zloty an die Sekretäre zur Auszahlung gebracht. Wollten die Federalisten diese Ausgaben aus ihren Mitgliedsbeiträgen bestreiten, so würden ihre Einnahmen selbstverständlich **nicht** einmal für die Bezahlung der Sekretäre ausreichen. Aus diesem Grunde gibt die Zusammenstellung, die uns vorliegt, Aufklärung, aus welchen Mitteln die Beträge hergenommen werden. Einmal wird hervorgehoben, daß der Abgeordnete Rembalski von der Budgetkommission in seinem Referat mitteilte, daß die „Bank Gospodarstwa Krajowego" bis 65 000 Zloty für diese Zwecke ausgegeben hat und für die Monate Juni, Juli und August 1929 wurden je 8000 Zloty vom Naczelnik des Personalbüros der Worjewodschaft Schlesien Herrn **Saloni** verausgabt. Die anderen Monate, so haben wir bereits aus der „Polonia" herausnehmen können, sind zu 6000 Zl. monatlich gezahlt worden. Somit ist es wirklich ein leichtes, mit Rücksicht auf fremdes Geld, eine Organisation aufzurichten, die den Zweck hat, die Arbeiterklasse zu zerschlagen. Besonders braucht hier nicht hervorgehoben zu werden, daß eine Gewerkschaft, die von fremden Mitteln gespeist wird, auch fremden Herrn (und nicht den Arbeitern) zu dienen hat. Ihre Einnahmen und Ausgaben selbst, sollen aus einigen Zahlen des uns vorliegenden Berichtes wiedergegeben werden:

Für Eintritte	1014,00 Zl.
Für Mitgliedsbeiträge	3954,50 Zl.
Sa.	4968,50 Zl.

Von diesen Beträgen wurden an Krankenunterstützung an Mitglieder in

3 Monaten gezahlt	172,82 Zl.
in der Zeit vorher	97,00 Zl.
Für Agitation innerhalb 3 Monaten	3306,02 Zl.
Für Agitationsdrucksachen	646,25 Zl.
Für Versammlungen und Konferenzen	582,89 Zl.
Sa.	4535,16 Zl.

Will man den bescheidenen Betrag der an die Mitglieder zurückgegangen ist, in Höhe von 289,82 Zloty = 0,2 Prozent hinzurechnen, so haben wir eine Ausgabe von 4824,98 Zloty gegenüber der Einnahme aus Beiträgen, mithin muß die gesamte Administration und die Bezahlung der Sekretäre von einer Quelle stammen, die der Gewerkschaft die gewisse **nicht gerade arbeiterfreundliche** Politik vorschreibt.

Wir sehen auch, daß die Demoralisation in dieser Gewerkschaft **sehr weit fortgeschritten ist**, denn gewisse Führer wie Herr Professor Ralowski u. a. haben ihren Dienst bereits quittiert und die gegenseitige Auseinandersetzung scheint noch nicht abgeschlossen zu sein. Die Herren, die Oberschlesien glücklich machen wollten, haben sich selbst versucht glücklich zu machen und nunmehr tragen sie sich mit dem Gedanken, den oberschlesischen Staub von den Füßen zu schütteln.

Der Arbeiterklasse Oberschlesiens darf diese Gewerkschaft wohl jetzt ganz deutlich vor Augen schweben und jeder Arbeiter wird rechtzeitig umkehren, um nicht mit in den Ruf der **arbeiterschädlichen** Bewegung hineinbezogen zu werden. Die Wenigen, die noch in den Belegschaften für den Gedanken zu wirken versuchen, sind nur Opfer ihrer leichtsinnigen gutmütigen Politik. Die wenigen glaubten damit für billiges Beitragsgeld ihre Rechte gesichert zu haben. Das Ende dieser Gewerkschaftsbewegung darf also jedem Leichtgläubigen die Augen öffnen und ihm den Weg zu einer der freien Klassenkampfgewerkschaften, mit festen Grundsätzen ausgestattet, zeigen.

K. B.

Die Gewerkschaften für die Ausdehnung der Kurzarbeiterunterstützung

Auf Grund der Wirtschaftskrise im verflossenen Jahre haben die Gewerkschaften sich bemüht, für diejenigen Arbeiter, die zur Kurzarbeit verurteilt sind, die Kurzarbeiterunterstützung beim Arbeitsministerium zu erlangen. Damals waren es insbesondere die **Bergarbeiter**, die mit einer Anzahl Feierschichten bedacht worden sind. Aber außer ihnen sind auch die Hüttenarbeiter in die Krise hineinbezogen worden und es mußte auch für diese eine Regelung eintreten. Das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge in Warschau hat nunmehr mit Verordnung vom 12. Dezember 1929, Dz. Ust. Rz. P. P. 89, zuerkannt, daß man diesen Arbeitern ein Teil Unterstützung für den Monat Dezember 1929 sowie Januar und Februar 1930 bei Einlegen der Feier-



700 Jahre Stadt Jena

In diesem Jahre kann die alte Universitätsstadt im Saaletale die Feier ihres 700jährigen Stadtjubiläums begehen.

schichten zuerkennt. Inzwischen hat aber die Krise nicht den Stillstand erreicht, sondern ist über diese beiden Industriezweige auf die Weiterverarbeitende und Metallindustrie übergegangen. Auch dort sind bereits im Monat Dezember 1929 und noch mehr im Januar und Februar Feierschichten festzustellen. Die maßgebenden Gewerkschaften in der Arbeitsgemeinschaft haben somit sich verpflichtet gesehen, umgehend in die Notlage der Arbeiter einzugreifen. Sie haben deshalb an das Arbeitsministerium erneuert sich gewandt. Der Antrag dieser Gewerkschaften geht dahin, daß die Verordnung vom 12. 12. 1929 durch das Arbeitsministerium auszudehnen sei auf die Kurzarbeiter der Weiterverarbeitenden sowie der Metallindustrie. Weiter wurde der Antrag dahingehend erweitert, indem das Ministerium gebeten wird, auch über den Monat Februar hinaus, für den Monat März die Verordnung über die teilweise Unterstützung der Kurzarbeiter für die gesamten hier erwähnten Industrien auszudehnen.

Durch diesen Antrag der Gewerkschaften ist erneut der Beweis geliefert worden, daß die Organisation die Notlage des Arbeiters im Auge hält und ungeachtet, zu gegebener Zeit für die Linderung eintritt. Es dürfte von den Arbeitern deshalb nicht vergessen werden, daß, wenn nicht die Gewerkschaften in ihrem Bestand das Interesse des Arbeiters wahrnehmen und rechtzeitig an die zuständigen Regierungsstellen sich um Abhilfe wendet, so mancher Arbeiter nicht in den Genuß auch der kleinsten gewerkschaftlichen Erfolge kommen würde. K. B.

Kampf gegen Ueberstunden in der Tschechoslowakei

Mit der Regierungsumbildung, die zur Einbeziehung der Sozialdemokratie in die Regierungskoalition führte, fiel das tschechische Arbeitsministerium an den deutschen Sozialdemokraten Czech, der energisch den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufnahm. In einem Erlaß wies er alle Gewerbeinspektoren an, „streng darauf zu achten, daß die normale Arbeitszeit nicht ohne amtliche Bewilligung überschritten und daß im Falle der Feststellung von Uebertretungen gegen die Schuldigen strengstens eingeschritten werde“. Grundsätzlich sollten Ueberstunden während der Zeit der Wirtschaftsdepression und der dadurch hervorgerufenen Arbeitslosigkeit nicht bewilligt werden. Auch sonst hat der neue Arbeitsminister in seiner Programmrede sozialpolitische Verbesserungen angekündigt. Einmal soll das bisher gültige Genter System der Arbeitslosenversicherung durch eine obligatorische Arbeitslosenversicherung ersetzt werden, während zugleich 1 Milliarde Kronen im Budget 1930 mehr für die produktive Erwerbslosenfürsorge eingesetzt werden sollen. Hinsichtlich des Mieterschutzes sollen die bisherigen Gesetze zunächst wiederum um ein Jahr verlängert werden, da eine Milderung des Mieterschutzes nicht ins Auge gefaßt werden könnte, bevor die Einkommenverhältnisse der breiten Massen gebessert wären. Zur Ausgestaltung der staatlichen Jugendfürsorge kündigte der Minister ein neues und modernes Jugendwohlfahrtsgesetz an, das vor allem besondere Jugendinspektionen als Ergänzung der bestehenden Gewerbeinspektionen vorsieht.

Wie werden die Mittel der Sozialversicherung in Italien verwendet?

Die italienische Seidenindustrie befindet sich in einer Krisenlage. Die Preise sind außerordentlich gedrückt. Die italienische Regierung will jetzt der Seidenindustrie Vorschüsse geben, um sie in die Lage zu bringen, ihre Vorräte zurückzuhalten, bis die Marktverhältnisse einen Verkauf zu besseren Preisen ermöglichen. Es handelt sich hier um einen Versuch der Valorisierung (Wertsteigerung eines Produktes) mit Hilfe des Staates, die in dieser Form in anderen Ländern bisher nur für solche Artikel erfolgte, von welchen das wirtschaftliche Schicksal des Landes abhing, wie Baumwolle in Aegypten oder Kaffee in Brasilien. Zum Zwecke dieser Valorisierung sollen die laufenden Mittel der Sozialversicherung verwendet werden. Die nationale Kasse der Sozialversicherung soll der Seidenindustrie die zur Preisstützung erforderlichen Vorschüsse geben. Man begründet das damit, daß die Stützung der Seidenpreise einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit vorbeugen soll. Die Subventionierung der privaten Industrie aus Mitteln der Sozialversicherung ist freilich außerordentlich bedenklich. Die Erhöhung der Seidenpreise wird die Profite der privaten Unternehmer steigern und sie von dem Zwang der Rationalisierung ihrer Produktion befreien. Auch ist es möglich, daß die vorgeschossenen Summen überhaupt verloren gehen. Der Entzug der Beitragseinnahmen von der Unterstützung der Arbeitslosen ist unter keinen Umständen berechtigt.

Erfreuliche Entwicklung der gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung in Deutschland

Einer Mitteilung des „Allgemeinen Freien Angestelltenbundes“ in Deutschland zufolge, erfreut sich die Spitzenorganisation der Kopfarbeiter in einer erfreulichen Entwicklung. Zu Beginn des Jahres 1927 betrug die Mitgliederzahl der angeschlossenen Verbände insgesamt 400 000. Im Juli 1928 waren dem Afa-Bund bereits 411 766 Mitglieder angeschlossen, im Dezember 1928 421 106, im Juli 1929 439 246. Bis Ende des Jahres 1929 dürfte der Mitgliederbestand die Zahl von 450 000 überschritten haben.

Die Ursache des Mitgliedergewinnes ist nicht nur auf die verbesserte Werbekraft der Verbände zurückzuführen, sondern entspricht vor allem der sozialen Lage der Angestellten. Die Zuspitzung kapitalistischer Methoden, der Rationalisierung und Technisierung, beeinflußt die Stellung des Angestellten in der Wirtschaft. Ihre Klassenlage gleicht sich immer mehr jener der Arbeiter an und zwingt die Angestellten zum engsten Zusammenschluß.

Trotzki darf nicht nach Spanien

Paris. Trotzki hatte vor einigen Wochen die spanische Regierung gebeten, ihm aus Gesundheitsrücksichten für einige Wochen den Aufenthalt in Spanien zu gestatten. Der republikanische Führer Auny machte sich zum Bittsteller Trotzkis, erhielt jedoch vom Herzog von Alba die Antwort, daß es der spanischen Regierung unmöglich sei, der Bitte stattzugeben.

Die Wahlen in Spanien

Madrid. Der Kabinettsrat befaßte sich gestern u. a. mit der Frage der bevorstehenden Wahlen in Spanien. Im März wird ein Dekret über die Durchführung einer Zählung der Wähler durchgeführt werden. Die Wahlen werden wahrscheinlich im Oktober stattfinden. Den Frauen wird das Wahlrecht nicht zugestanden werden.

Was der Rundfunk bringt.

Kattowitz — Welle 408,7

Dienstag. 12,05 und 16,20: Schallplattenkonzert. 17,15: Vorträge. 17,45: Volkstümliches Konzert. 19,05: Vorträge. 19,20: Uebertragung aus dem polnischen Theater von Kattowitz.

Warschau — Welle 1411,8

Dienstag. 12,05: Schulfunk. 13,10: Wetterbericht. 15: Vorträge. 16,15: Schallplattenkonzert. 17,45: Volkstümliches Konzert. 19,25: Uebertragung der Oper aus Kattowitz.

Gleiwitz Welle 253. Breslau Welle 325.

Allgemeine Tageseinteilung.

11.15: (Nur Wochentags) Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.20—12.55: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten.*) 12.55 bis 13.06: Nauener Zeitzeichen. 13,06: (nur Sonntags) Mittagsberichte. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.35: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung.*) 15.20—15,35: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten (außer Sonntags). 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabends und Sonntags). 19.20: Wetterbericht. 22.00: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Funkwerbung*) und Sportfunk. 22.30—24,00: Tanzmusik (ein- bis zweimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesischen Funkstunde A.-G.

Dienstag, den 11. März. 16: Welt und Wanderung. 16,30: Unterhaltungskonzert. 17,30: Bastelstunde. 18: Steuerwesen. 18,25: Biologie. 18,50: Hans Bredow-Schule: Sprachkurse. 19,15: Wettervorhersage für den nächsten Tag. 19,15: Abendmusik. 19,50: Stunde der werktätigen Frau. 20,10: Uebertragung nach Berlin: Schlager von Kurt Schwabach. 20,30: Uebertragung nach Berlin, Köln, Königsberg und auf den Deutschlandsender Königs wusterhausen: Neue Rundfunkmusik. Kompositionsauftrag VII der Schles. Funkstunde Ursendung. 20,50: Aus Berlin: König David. 20: Aus Berlin: Politische Zeitungsschau. 22,25: Die Abendberichte. 22,45: Mitteilungen des „Verbandes Schlesischer Rundfunkhörer e. V.“

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Dienstag, den 11. März, abends 7½ Uhr, findet im Saale des Zentral-Hotels ein Vortrag des Gen. Knappik über „Genossenschaftswesen“ statt.

Bismarckhütte. Am Mittwoch, den 12. März, abends um 6½ Uhr, findet im Betriebsratsbüro ein Vortrag des Kollegen Buchwald statt.

Königshütte. Am Mittwoch, den 12. März, abends 7½ Uhr, Vortrag über „Staatsform und Volksnotwendigkeiten“. Als Referent erscheint Gen. Okonsky. Mitgliedsbuch legitimiert.

Friedenshütte. Donnerstag, den 13. März, findet bei Smiatek nach der Parteiversammlung, welche um 5 Uhr abends beginnt, ein Lichtbildervortrag „Zeppelins Weltreise“ statt. Referent Gen. Dikta.

Versammlungskalender

Wochenplan der D. S. J. P. Kattowitz für die Zeit v. 10.—16. 3.

Montag: Lichtbildervortrag.
Dienstag: Vortrag vom B. f. A. B. im Saale.
Mittwoch: Gesangsstunde (Freie Sänger).
Donnerstag: Brettspielabend.
Freitag: Notenlehre der Freien Sänger im Saale.
Sonntag: Heimabend.

Programm der D. S. J. P. Königshütte.

Montag, den 10. März: Vorstandssitzung 6 Uhr, nachher Probe.
Dienstag, den 11. März: Monatsversammlung 7½ Uhr.
Mittwoch, den 12. März: Vortrag B. f. Arbeiterbildung. Genosse Okonsky.
Donnerstag, den 13. März: Probe zur Revolutionsfeier.
Freitag, den 14. März: Probe zur Revolutionsfeier.
Sonnabend, den 15. März: Probe zur Revolutionsfeier.
Sonntag, den 16. März: Besichtigung.

Kattowitz. (Ortsausschuß.) Dienstag, den 11. März, abends 7 Uhr, im Zentralhotel Vortrag vom A. D. G. B. über „Genossenschaftswesen“. Referent: Gen. Knappik. Zu diesem Vortrag sind neben Bund für Arbeiterbildung, Partei- und Gewerkschaftlern, insbesondere die Frauen eingeladen.

Kattowitz. (Touristen-Verein „Die Naturfreunde“.) Am Freitag, den 14. März, abends ½8 Uhr, findet im Saale des Zentralhotels unsere fällige Monatsversammlung statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet der Vorstand.

Königshütte. (Generalversammlung.) Am Sonntag, den 16. März, nachmittags 3 Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses die diesjährige Generalversammlung der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen statt. Als Referent erscheint hierzu Genosse Kowoll.

Friedenshütte. (Parteiversammlung.) Donnerstag, den 13. März, nachmittags 5 Uhr, findet im Lokal Smiatek eine Parteiversammlung statt. Referent: Gen. Raiwa. Anschließend findet ein Lichtbildervortrag statt, „Zeppelins Weltfahrt“. Alle Genossen und Gewerkschaftler werden gebeten, mit ihren Frauen zahlreich zu erscheinen. Ref. Gen. Dikta.

Lipine. Am Dienstag, den 11. März, abends um 7 Uhr, bei Machon Versammlung der Freien Gewerkschaften. Referent: Kamerad Koßal.

Nikolai. (Freie Sänger.) Gesangprobe am Dienstag, den 11. März, zur gewöhnlichen Zeit. Dirigent: Herr Birkner.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Johann Kowoll, wohnhaft in Katowice, ul. Plebiscytowa 24; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice, Verlag und Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.